

8 Dringliche Anträge

8.1 Eine Kapitulation vor dem Drogenproblem (GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kopera, ÖVP)

GRⁱⁿ Kopera:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Der im Gesundheits- und Umweltausschuss vom 3. Juni 2019 vorgelegte Bericht betreffend die Strategie der Stadt Graz für eine wirksame Suchtpolitik ist eine glatte Kapitulation vor der Drogenproblematik in Graz. Dieser Bericht lässt jeglichen strategischen Ansatz zur Suchtbekämpfung vermissen. Es wird gänzlich außer Acht gelassen, wie sich die Situation in den letzten 15 Jahren entwickelt hat und man findet keine Vergleichswerte, aus welchen hervorgehen würde, ob sich der Drogenkonsum in der Bevölkerung vermehrt, ob er stagniert oder ob er eher im Sinken begriffen ist. Auf die prekäre Situation der durch Ruhestand schwindenden Substitutionsärzte und –ärztinnen wird erst gar nicht eingegangen, dabei ist gerade das ein hochbrisantes Thema, das dringend eine Lösung sucht. Der vorliegende Bericht verspricht zwar anhand von vorhergehenden Berichten und Zahlen die Suchtpolitik der Stadt Graz zu adaptieren, bringt aber weder den Ist-Zustand noch mögliche Herangehensweisen auf den Punkt. Suchtmittel werden hier als freudebringende und schmerzlindernde Substanzen geradezu verharmlost. Außerdem ist sogar von einer anzustrebenden Entkriminalisierung die Rede. In geradezu philosophischer Weise wird hier die Entstigmatisierung Drogenabhängiger durch Förderung der Akzeptanz dieses Krankheitsbildes herbeigeschworen. Vielmehr noch: Aufklärungsarbeit und Präventivunterricht würden als „Ableiten“ in den Jugendschutz dargestellt. Was im Bericht gar nicht erwähnt wird, sind Fakten wie diese: Internationalen Berichten zufolge hat der Drogenkonsum im Jahr 2017 eine Spitze erreicht. Insgesamt, und das sollte die Alarmglocken schrillen lassen, hat er sich in den letzten zehn Jahren aber um 30 % erhöht, zumindest in den Ländern, wo das verfolgbare ist. Es wird vor allem Cannabis konsumiert, aber an zweiter Stelle ist Kokain, dessen Konsum vor allem in den USA und in Kanada im Steigen begriffen ist, aber an dritter Stelle in der EU und so

vermutlich auch in Österreich.

Deshalb stelle ich im Namen der Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Herr Magistratsdirektor Martin Haidvogel wird beauftragt, unter Mitwirkung all jener Magistratsabteilungen, die aus ihren Aufgabefeldern wertvolle Beiträge und Erfahrungen einbringen können, wie beispielsweise die Präsidialabteilung, das Sportamt, das Amt für Jugend und Familie, das Gesundheitsamt und das Sozialamt, eine Antisuchtkommission zusammenzustellen mit dem Ziel, einen schlüssigen Bericht über die Entwicklung der Drogensituation in Graz vorzulegen, auf dessen Basis die neue Kommission Empfehlungen und Strategien zur Bewältigung dieses Problems ausarbeitet und vor allem wirksame Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen entwickelt.

Das Strategiepapier wird bis Februar 2020 im Gesundheitsausschuss als Diskussionsgrundlage für weitere Umsetzungsschritte erwartet (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Der im Gesundheits- und Umweltausschuss vom 3.6.2019 vorgelegte Bericht ist eine Kapitulation vor der Drogenproblematik in Graz und lässt jeglichen strategischen Ansatz zur Suchtbekämpfung vermissen. Es wird gänzlich außer Acht gelassen, wie sich die Situation in den letzten 15 Jahren entwickelt hat und man findet keine Vergleichswerte, aus welchen hervorgeht, ob Drogenkonsum in der Bevölkerung ein wachsendes Phänomen ist.

Auf die prekäre Situation der durch Ruhestand schwindenden Substitutions-behandlerInnen wird gar nicht erst eingegangen, dabei ist gerade das ein hochbrisantes Thema, welches dringend nach einer Lösung ruft.

Der vorliegende Bericht verspricht zwar anhand von vorhergehenden Berichten und Zahlen die Suchtpolitik der Stadt Graz zu adaptieren, bringt aber weder den Ist-Zustand

noch die mögliche Herangehensweise bzw. Lösungsansätze auf den Punkt. Suchtmittel werden hier als freudebringende und schmerzlindernde Substanzen verharmlost, es ist sogar von anzustrebender Entkriminalisierung die Rede. In geradezu philosophischer Weise wird hier die Entstigmatisierung Drogenabhängiger durch Förderung der Akzeptanz des Krankheitsbildes herbeigeschworen. Vielmehr noch: Aufklärungsarbeit und Präventivunterricht würden hingegen als „Ableiten“ in den Jugendschutz dargestellt.

Was im Bericht nicht erwähnt wird, sind Fakten wie diese: Internationalen Berichten zufolge hat der Drogenkonsum 2017 eine Spitze erreicht. Insgesamt, und das sollte die Alarmglocken schrillen lassen, hat er sich in den letzten 10 Jahren um 30 % erhöht. Es wird vor allem Cannabis konsumiert, an zweiter Stelle wird Kokain erwähnt, dessen Konsum vor allem in den USA und Canada steigt, an dritter Stelle jedoch in der EU und so vermutlich auch in Österreich.

Deshalb stellen wir im Namen der Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Herr Magistratsdirektor Mag. Martin Haidvogel wird beauftragt, unter Mitwirkung all jener Magistratsabteilung, die aus ihren Aufgabenfeldern wertvolle Beiträge und Erfahrungen einbringen können, wie beispielsweise die Präsidialabteilung, das Sozialamt, das Amt für Jugend und Familie, das Gesundheitsamt, das Sportamt, eine Antisuchtkommission mit dem Ziel zusammenzustellen, einen schlüssigen Bericht über die Entwicklung der Drogensituation in Graz vorzulegen, auf dessen Basis die neue Kommission Empfehlungen und Strategien zur Bewältigung dieses Problems ausarbeitet und vor allem wirksame Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen entwickelt.

Das Strategiepapier wird bis Februar 2020 im Gesundheitsausschuss als Diskussionsgrundlage für weitere Umsetzungsschritte erwartet.

StR Krotzer:

Von mir gibt es natürlich eine Wortmeldung dazu und zwar ohne eine weiße Fahne der Kapitulation. Ich darf aber auf ein paar Dinge eingehen, die jetzt dann auch von dir, liebe Frau Gemeinderätin, liebe Daisy, gesagt worden sind, vorweg festgehalten. Ich bin eigentlich sehr froh, dass wir es bisher geschafft haben, dass wir die ganze Thematik der Suchtproblematik, des Drogenkonsums und damit auch einhergehend, womit wir ja als Stadt Graz auch viel zu tun haben, die Substitutionsbehandlung, dass wir das Thema in den vergangenen Monaten und Jahren eigentlich sehr sachlich behandelt haben, dass wir da in einen guten Austausch gegangen sind. Ich darf in dem Zusammenhang auch der Astrid Schleicher als Vorsitzender des Gesundheitsausschusses danken, dass wir auch gemeinsam vom Gesundheitsausschuss mehrere Einrichtungen der Grazer Suchtbehandlungen besucht haben, das ist Caritas Kontaktladen und Streetwork gewesen, das ist die IK gewesen. Wir haben einen Gesundheitsausschuss gehabt, wo wir auch einen Patienten, der selbst in der Substitutionsbehandlung gewesen oder nach wie vor ist, der einfach auch erzählt hat über dieses Krankheitsbild und wo es, glaube ich, eigentlich ganz gute Praxis gewesen ist, dass wir über viele Dinge uns sachlich ausgetauscht haben. Daisy, ich habe, glaube ich, so in Erinnerung, dass es bei dir nicht möglich war, an diesen Terminen teilzunehmen und es gibt auch das Gesprächsangebot seitens des Caritas Kontaktladens, auch die Gemeinderatsklubs zu besuchen. Ich glaube, das haben ja auch viele Fraktionen schon angenommen, vielleicht findet sich über den Sommer auch die Zeit, mit den Kollegen einfach über ihre alltägliche Praxis zu sprechen. Aber warum erwähne ich das, weil hier mit diesem Dringlichkeitsantrag ein neuer Weg beschritten wird, der mich eigentlich ein bisschen mit Sorge erfüllt, dass man hier wegkommt von einem sachlichen Austausch und dass man hier hinkommt, dass man politisches Kleingeld wechselt, weil ihr könnt euch erinnern, wir haben am 6. Juni einen Gesundheitsausschuss gehabt, wo wir dieses Suchtpapier vorgelegt haben. Das Suchtpapier haben uns nicht wir überlegt, sondern das geht auch zurück auf einen Antrag von dir, Daisy, den du im Mai 2018 gestellt hast mit dem Wunsch, eine Aktualisierung vorzunehmen. Das hat der Dr. Zeder in seiner Verantwortung als

Suchtreferent der Stadt Graz gemacht. Wir haben dieses Papier am 6. Juni vorgelegt. Der Dr. Zeder hat das versucht zu referieren, ist leider dann auch schon in der Diskussion unterbrochen worden und es hat dann geheißen, es gibt so viele Fragen dazu zu diesem Papier, man muss da noch weiter diskutieren. Wir haben das anstandslos zur Kenntnis genommen und gebeten auch dich, Astrid, dass du eben diese Fragen, die hier auftauchen, dass du sie sammelst, dass du die dem Gesundheitsamt zukommen lässt und dass wir eigentlich, war der Plan, dass wir am Montag wieder Gesundheitsausschusssitzung haben, dass wir eben auch über all diese Fragen diskutieren. Das ist leider nicht passiert, sondern jetzt haben wir es in der Form eines Dringlichkeitsantrages. Wir haben auch keine Sorge oder keine Angst, in dem Rahmen zu diskutieren, aber eigentlich haben wir im Ausschuss ein anderes Vorgehen vereinbart, wo ich eigentlich im Sinne auch der Handschlagsqualität darum bitte, dass wir diesen Weg auch so weiter beschreiten. Also insofern, damit ich nicht ganz zu lange werde, vielleicht noch zwei Sachen, auf die ihr vielleicht dann mir auch nur kurz eine Antwort gegeben könntet: ob wir diese Fragen noch bekommen und bis wann wir damit rechnen können? Weil wir gerne auch die Diskussion im Ausschuss fortsetzen würden...

*Zwischenruf StR **Riegler**: Wir sind schon eine Minute drüber.*

StR Krotzer:

Und die zweite Frage ist natürlich Prävention. Sind wir absolut dafür und für alles zu haben. Ein Geld brauchen wir dafür, und ich habe schon vielfach hier an dem Pult gesagt, dass wir im Gesundheitsamtsbereich ein höheres Subventionsbudget brauchen, damit wir auch die Vereine, die in dem Bereich sehr wichtige Arbeit leisten, auch entsprechend unterstützen können, damit die im Präventionsbereich mehr machen können. Das noch dazugesagt, insofern auch die Hoffnung, dass wir eurerseits dann auch bei künftigen Verhandlungen die Unterstützung bekommen. Dankeschön

(Allgem. Appl.).

GRⁱⁿ Schleicher:

Hoher Gemeinderat, sehr geehrter Herr Stadtrat. Das ist richtig, wir haben das anders im Ausschuss ausgemacht. Faktum war aber, dass ich keine Fragen bekommen habe von den anderen Fraktionen. Sonst hätte ich sie natürlich, wie ausgemacht, weitergeleitet. Die Einzigen, die sich an diesem Bericht gestoßen haben, waren meine Kollegin und Ausschussvorsitzende-Stellvertreterin Dr. Kopera, meine Kollegin Claudia Schönbacher und wir haben das dann intern besprochen, weil sonst einfach offenbar von den anderen Fraktionen kein Diskussionsbedarf dagewesen ist. Mir hat niemand etwas geschickt, wie ausgemacht. Zur Sachlichkeit ...

Zwischenruf GRⁱⁿ Mohsenzada: Ihr hättet was sagen müssen, ich hätte Fragen zur Verfügung gestellt.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Schleicher:

Nachdem es offenbar von eurer Seite keinen Diskussionsbedarf gegeben hat, haben wir jetzt einen anderen Weg gewählt, weil wir eben im Bericht, wie in der Ausschusssitzung erwähnt, etliche Kritikpunkte haben. Zum Thema Sachlichkeit, das finde ich auch ganz wichtig, dass das weiterhin vorherrscht und die von dir erwähnten Einrichtungen, die wir besucht haben, die stehen ja außer Kritik und die leisten wirklich wertvolle hervorragende Arbeit. Aber jetzt zum Bericht selber. Ich habe jetzt nur exemplarisch einmal vier Punkte herausgenommen, die uns explizit in diesem Drogenbericht stören. Ein Punkt ist, er geht in eine ideologische Richtung in unseren

Augen und zwar das dringt im Bericht an vielen Stellen, in vielen Kapiteln durch, geht es darum, kann Cannabis zu legalisieren.

*Zwischenruf StR **Krotzer**: An welcher Stelle?*

Schleicher:

Die Wortmeldung gibt das nicht her, weil an etlichen Stellen ...

Zwischenruf unverständlich

Schleicher:

Ja, ich bin noch nicht fertig. In meinen Augen absolut (*StR Riegler betätigt die Ordnungsglocke, lautes Lachen im Gemeinderatssaal*) und wir verwehren uns dagegen sehr, weil Cannabis nachhaltig negative Auswirkung bei der Hirnentwicklung hat, vor allem bei jungen Menschen, wo sich das Hirn eben noch nicht ausgeprägt hat ...

Zwischenruf: Und Alkohol?

Schleicher:

Das steht aber nicht zur Debatte, und Alkohol und Nikotin ist im Gegensatz zu Cannabis eben legal. Das ist eine andere Baustelle.

Laute und undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Schleicher:

Ich habe auch das Gespräch mit einem Beamten vom Drogendezernat gesucht, um zu fragen, was er aus der Praxis da heraus für Vorschläge hätte und er hat gesagt, dass eben vor allem sehr viele Jugendliche Cannabis rauchen und für den Eigenbedarf kaufen und dass es wünschenswert wäre von Experten, dass es auch für den Konsumenten Konsequenzen gäbe. Wenn etwas konsequenzenlos bleibt, ist es einfach kein abschreckendes Beispiel. Das heißt, Jugendschutz wäre ganz wichtig, dann werden alle Substanzen in einen Topf geworfen. Es gibt die Formulierung von Kaffee bis Koffein. Es wird kein Unterschied gemacht zwischen Schädigungsgrad, zwischen Legalität. Das ist in meinen Augen auch eine nicht zu unterstützende Verharmlosung. Der Prävention wird überhaupt kein Raum eingeräumt. In dem ganzen Bericht ist es nicht einmal eine A-4-Seite lang, was die Prävention betrifft, keine einzige konkrete Maßnahme. Dann beim Punkt Rauchen, da wird dann eine Warnung ausgesprochen. Übrigens, wir waren es in der Regierung, die das Rauchen ab 18 eingeführt haben im Sinne des Jugendschutzes. Da wird beim normalen Rauchen eine Warnung ausgesprochen, wird im Bericht erklärt, da gibt es ein Imageproblem. Aber im nächsten Punkt, bei Cannabis, wird davon nichts mehr gesagt, keine Warnung, kein Imageproblem, keine Vorschläge oder Maßnahmen, wie die Stadt Graz da die Jugend schützen soll.

*Zwischenruf StR **Riegler**: Bitte zum Ende kommen.*

Schleicher:

Das Ende ist zusammenfassend, dass für uns der Bericht sehr einseitig ist, sehr eindimensional ist und dass wir deshalb unseren Vorschlag gemeinsam mit der ÖVP haben, eben eine Antisuchtkommission von mehreren Personen, von mehreren Experten das Ganze auf breitere Beine zu stellen. Danke (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ **Marak-Fischer:**

Sehr geehrter Vorsitzende, liebe Regierungsmitglieder, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen. Bei dieser Debatte stören mich ein paar Dinge, die ich ganz gerne ansprechen würde. Das eine ist einmal, dass Sucht sofort von ÖVP und FPÖ mit Sucht nach illegalen Drogen gleichgesetzt wird. Sucht ist aber sehr viel mehr und die häufigste Sucht ist die Abhängigkeit von Nikotin und dann kommt einmal lange nichts, dann kommt Alkohol. Suchterkrankte an Alkohol, Suchterkrankte haben fürchterliche Auswirkungen für ihr Leben, für ihr Privatleben, für ihre Gesundheit, dann kommt wieder lange nichts, dann kommen Medikamente und dann kommen noch Verhaltenssüchtige wie Spielsucht usw., und dann kommen illegale Drogen. Was nicht heißen soll, dass illegale Drogen kein Problem darstellen und ich möchte auch nicht in irgendeiner Form verdächtigt werden, da irgendwelche Dinge zu fordern, die nicht Thema sind. Es geht darum, wie umgehen mit Sucherkrankung in dieser Stadt und es war ein Bericht, der vom Amt neutral verfasst nach State of the Art und nach neuesten wissenschaftlichen und, er hat es auch ausgeführt, internationalen neuesten Erkenntnissen auch verfasst war. Das, was daraus jetzt gemacht wird, dass er in ein ideologisches Eck gedrängt wird und gleichzeitig vom anderen ideologischen Eck plötzlich Argumente hervorgeholt werden, und da möchte ich schon ganz speziell auch auf diesen Begriff der Entstigmatisierung von Suchtkranken, die in diesem Antrag hier kritisiert werden, eingehen. Das ist aber schon wirklich ein bemerkenswerter Satz. Heißt das, wir wollen Suchtkranke stigmatisieren? Heißt das wirklich, dass wir Menschen, die an einer schweren Krankheit, nämlich Drogensucht, leiden, stigmatisieren sollen? Ist es das, was in dem Bericht drinnen stehen soll? Das möchte ich entschieden zurückweisen. So einen Bericht würde ich nicht gutheißen (*Allgem. Appl.*). Sucht ist etwas Schlimmes, Suchtkranke sind Menschen, die in ihrem täglichen Leben stark beeinträchtigt sind. Wir müssen alles, was die Gesellschaft dazu tun kann, um es gar nicht so weit kommen zu lassen, wenn die Menschen aber krank sind, dann brauchen sie keine Stigmatisierung, sondern Hilfe, Unterstützung, Therapie usw. und das Wichtigste, und da sind wir uns, glaube ich, einig, ist die Prävention und hier ist aber die ganze Gesellschaft gefordert und zwar von klein auf braucht es präventive

Maßnahmen. Kinder müssen in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt werden, in ihrer Kompetenz, mit Problemen umzugehen. Kinder müssen aber auch lernen, dass man auch einmal versagen darf, dass es einem einmal schlecht gehen darf, ohne dass man ein Mittel einwirft, sei es Alkohol, sei es ein Verhalten, sei es Ritzen, Magersucht, Sucht geht weiter, Sucht ist ein Riesenthema bei Kindern und Jugendlichen. So müssen sie gestärkt werden, das ist notwendig, darüber sollten wir uns Gedanken machen. Dieser Bericht hat einen anderen Sinn gehabt, wurde von einem Amt, und wie gesagt, ich lasse das Amt sehr ungern hier auch kritisiert werden, die Magistratsdirektion soll jetzt ihr eigenes Amt inhaltlich aushebeln. Also mir scheint der dringliche Antrag hier wirklich eine Themenverfehlung zu sein. Machen wir es so, wie wir es eigentlich vorgehabt haben. Diskutieren wir oder leider ihr, weil ich möglicherweise im Herbst oder ganz sicher im Herbst da nicht dabei sein werde, aber diskutiert ihr das fachlich und politisch im Ausschuss, so wie es vorgesehen war. Dringlich ist das sicher nicht. Danke (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (16.43 Uhr).

GRⁱⁿ **Wutte:**

Liebe Alexandra, danke für deine Wortmeldung. Du hast jetzt eigentlich schon einiges vorweggenommen, was mir auch sehr wichtig war im Hinblick auf diesen Antrag zu sagen. Trotzdem möchte ich noch kurz die wichtigsten Punkte zum Ausdruck bringen. Tatsächlich fand ich an diesem Antrag formal auch sehr irritierend, weil, wie der Robert ausgeführt hat, es ja die Möglichkeit gab nach dem Ausschuss, auch Fragen und Ergänzungswünsche zu übermitteln und warum dann keine Fragen übermittelt werden und stattdessen ein dringlicher Antrag in das Haus flattert, ist eigentlich eigenartig und zeugt auch von einem seltsamen Ziel und von einer sehr schlechten Kommunikation untereinander und das finde ich schade für den Umgang hier miteinander. Inhaltlich finde ich es auch irritierend. Tatsächlich, wie die Alexandra gesagt hat, finde ich, legt

der dringliche Antrag sehr, sehr stark den Fokus auf die illegalisierten Substanzen und alle SuchtexpertInnen sind sich darin einig, dass das schon ein Problem ist, aber das viel größere Problem sind die legalen Substanzen, weil die eben viel mehr Menschen betreffen, wie man ganz leicht an Zahlen und Statistiken sieht, z. Bsp.

Medikamentenabhängigkeit betrifft wahnsinnig viele Menschen in Österreich, wird aber kaum darüber gesprochen. Auch Glückspielsucht betrifft mehr Menschen als Opiatabhängigkeiten und ist auch einfach viel zu selten Thema, und über diese Süchte sollte man tatsächlich viel mehr reden. Auch zum Thema SubstitutionsbehandlerInnen hat mich ehrlich gesagt überrascht, dass ihr das so massiv kritisiert, weil meines Wissens nach hat eigentlich der Stadtrat Krotzer jetzt in den letzten Jahren sehr aktiv zu dem Thema gearbeitet und man könnte jetzt wirklich nicht sagen, dass es hier Versäumnisse gibt, und über Entstigmatisierung kritisch zu schreiben, das finde ich wirklich gar nicht nachvollziehbar, weil natürlich muss das unser Ziel im Umgang mit suchtkranken Menschen sein. Von dem her, ich finde den vorliegenden Bericht überhaupt nicht ideologisch, im Gegenteil, ich finde, dass ihr das Thema leider von einer irgendwie ideologischen Seite aufzäumt und das ist absolut unnötig, weil das eben, wie wir schon mehrmals gesagt haben, kranke Menschen sind, die die bestmögliche Unterstützung brauchen und es gibt ausreichend wissenschaftliche Expertise, was die besten Maßnahmen sind, mit Sucht umzugehen. Und es gibt keinen Anlass, das ideologisch so aufzugreifen, wie ihr das da macht. Danke (*Allgem. Appl.*).

StR Krotzer:

Ich möchte mich noch einmal kurz melden um auch darauf einzugehen, wie unser Abstimmungsverhalten ausschauen wird. Und da mache ich nur eine kurze Zwischenbemerkung dahingehend, dass mich bei der ÖVP schon auch ein bisschen wundert, dass wir hier mit dieser aktualisierten Suchtstrategie, die ja 2001 schon in diesem Haus, nämlich einstimmig, von allen Parteien beschlossen worden ist, diese Aktualisierung sich jetzt ganz eng anlehnt an die steirische Suchtstrategie, die ja auch unter Federführung von Gesundheitslandesrat Drexler entwickelt worden ist und wo

es zwischen den Experten und Expertinnen auf Stadtebene als auch auf Landesebene überhaupt keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Also das vielleicht auch noch angemerkt, aber das können wir dann auch gern in einer Antisuchtkommission weiter diskutieren. Wir werden dem Dringlichkeitsantrag zustimmen, wie wohl wir eigentlich geschätzt hätten, wenn wir diese Diskussion, so wie wir es ausgemacht haben, im Ausschuss fortsetzen. Wenn ihr glaubt, wir müssen das in einer anderen Ebene machen, sind wir auch gerne dazu bereit, werden uns auch dem sicherlich nicht verstellen. Aber oder warum wir dem auch zustimmen ist, weil wir auch keine Angst und keine Sorge haben, es ist kein ideologisches Papier und wenn wir auch dann die Expertinnen und Experten vom Land Steiermark, die eben auch das Suchtpapier verfasst haben, die steirische Suchtstrategie, werden wir auch sehen, dass da, was eben State of the Art ist, was evidenzbasierte Medizin ist und was hier die Faktenlage, und insofern sind wir gespannt auf diese Diskussion auch in diesem Rahmen und werden vor dem Hintergrund zustimmen (*Allgem. Appl.*).

Kopera:

Kurzes Schlusswort. Wenn ein Bericht, der sich mit einer Strategie befassen soll, nicht in der Lage ist, den Ist-Zustand und die Entwicklung darzustellen und von strategischen Ansätzen her überhaupt nichts bietet, sondern lediglich sehr blumig davon spricht, dass Drogen, eigentlich verharmlosend, freudebringend und schmerzlindernd sind, dann muss man sagen, Thema verfehlt und zurück an den Start und deshalb ist, glaube ich, die Einrichtung dieser Sonderkommission das richtige Herangehen. Danke (*Allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Weil es ein gemeinsamer Antrag von zwei Fraktionen ist, die die Mehrheit haben, daher ist die Dringlichkeit gegeben und daher stimmen wir jetzt über den Inhalt ab.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Neos, Grüne und SPÖ) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Neos, Grüne und SPÖ) angenommen.

8.2 Jugendpartizipation zu Maßnahmensetzung im Umweltbereich (GRⁱⁿ Hopper, ÖVP)

GRⁱⁿ Hopper:

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Ich darf jetzt einen Themenkomplex auch hier angreifen, der sehr, sehr relevant ist und deshalb finde ich es vielleicht vorab irrsinnig wichtig, dass wir dieses Thema in verschiedenen dringlichen Anträgen auch hier heute diskutieren. Ich möchte vielleicht, die thematische Relevanz habe ich kurz angesprochen, in dem gemeinsamen Antrag vom Freiheitlichen Gemeinderatsklub und unserem Gemeinderatsclub ist vielleicht auch eine Idee drinnen, die wir auch zukünftig als Möglichkeit nutzen können, bei verschiedenen anderen Themen auch vermehrt Jugendliche einzubinden. Dem Motiventext ist schon zu entnehmen, dass es um Jugendpartizipation geht zu Maßnahmenumsetzungen im Umweltbereich. Seit Monaten, wie wir alle wissen, und das ist auch aus den anderen Motiventexten sehr, sehr gut zu entnehmen, verlangen junge Menschen auch zu Recht von Politikerinnen und Politikern und vor allem von der Politik, dass man hier aktiv wird, dass man hier auch auf die Auswirkungen, die der Klimawandel hat, auch reagiert. Vielleicht ist reagiert eh auch ein sehr, sehr gutes Wort. Ich glaube, was wir sehr, sehr oft versäumen und was wir, glaube ich, uns allen auf die Nase schreiben sollten und mitnehmen sollten, ist, dass wir als Politiker uns schon sehr, sehr viel beschäftigen sollten, dass wir bereits in sehr vielen Bereichen agieren. Vorab, bevor ich jetzt zu dem konkreten Text komme, würde ich schon gerne kurz anmerken, dass ich glaube, dass wir gerade bei uns in der Stadt in sehr, sehr vielen Bereichen sehr wohl Rücksicht auf unsere Umwelt nehmen und da konkrete

Maßnahmen setzen und einiges intensiviert durch die Friday-of-Future-Bewegung auch schneller angetrieben wurden. Sind auch hier kurz angeführt, sei es die Baumpflanzungen für unsere Neugeborenen, aber auch der Straßenbahnausbau, der grundsätzlich sowieso geplant gewesen wäre, der damit zusammenhängt. Aber auch der Fernwärmeausbau oder, wir kommen auch danach noch kurz dazu, das Bekenntnis zu CO₂-freiem und atomfreiem Strom. Es sind Dinge, die wir in der Stadt Graz schon verankert haben, wo wir uns bereits aktiv dafür einsetzen, dass etwas passiert. Davor und jetzt umso mehr, ist es, glaube ich, schon auch eine Aufgabe, gerade weil sich so viele junge Menschen engagieren, hier auch aktiv zu werden und vor allem auch die Anliegen der jungen Leute bei uns in Graz ernst zu nehmen und da auch tatsächlich Möglichkeiten zu schaffen, sich zu aktiv einzubringen und dieses Engagement und die Gestaltungsmöglichkeiten auch irgendwo ein bisschen breiter aufzustellen. Zumindest ist es das, was wir uns dahingehend gedacht haben. Aufgrund von zwei verschiedenen Faktoren, glaube ich, sehr, sehr zielführend. Einerseits natürlich die Partizipation, ich glaube, es ist nichts wichtiger, als dass man jungen Leuten die Möglichkeit gibt, aktiv an einer Politik teilzuhaben und dass die jungen Leute den Anspruch haben, mehr zu tun, als ab und zu wählen. Es ist eigentlich etwas sehr, sehr Großartiges, was wir weiter mitnehmen sollten. Der zweite Faktor, von dem wir, aber auch junge Leute, glaube ich, sehr profitieren, ist der Faktor Information, wo ich, glaube ich, dass es wichtig ist, dass einerseits wir uns die Ideen holen von den jungen Leuten, wie es auch bereits passiert ist. Ob es beim Treffen war mit den beiden Stadträten oder auch dem gemeinsam mit der Bildungsdirektorin Elisabeth Meixner organisierten Runden Tisch hier im Gemeinderatssitzungssaal, dass wir die Anliegen, die die jungen Leute haben, mitnehmen und ernstnehmen und auch in der Umsetzung die jungen Leute mitnehmen, damit sie sehen, dass etwas bei uns passiert und gleichzeitig glaube ich, ist es auch sehr, sehr wichtig, dass man ein bisschen veranschaulicht, was in der Stadt Graz möglich ist, für was die Stadt Graz zuständig ist, was hier umsetzbar ist und was vielleicht an eine andere Stelle gehört. Ich glaube, dass man da diese Möglichkeit sehr, sehr gut nutzen kann, um da einfach einerseits zu informieren und andererseits wir als Stadt Graz zu profitieren von den Ideen, die die jungen Leute haben. Diese Chance

sollte aus unserer Sicht auf alle Fälle genutzt werden und wir sind halt schon auch der Meinung, dass unser Beitrag der Stadt Graz zum Klimaschutz nicht nur aus einem Ausrufen von einem Zustand bestehen kann, sondern zwingend immer mit konkreten Handlungen verbunden ist, sei das jetzt in den verschiedenen Abteilungen, die bei uns das mitdenken und Tag für Tag auch leben oder auch in den konkreten Ideen, die die jungen Leute haben.

Deshalb darf ich im Namen von unserem Gemeinderatsclub und dem Gemeinderatsclub der Freiheitlichen Partei folgenden

dringlichen Antrag

stellen: Das Amt für Jugend und Familie wird damit beauftragt, unter Einbeziehung der zuständigen Ämter, sind alle aufgeführt, und auch der Holding Graz sowie von Klimaexpertinnen und –experten aus dem universitären Bereich gemeinsam mit engagierten Jugendlichen, die es zur Genüge gibt, einen Maßnahmenkatalog auch zu erarbeiten, in welchem die Ergebnisse der bisher stattgefundenen Treffen auch aufgearbeitet werden und deren Umsetzungsmöglichkeiten in Graz konkretisiert werden. Dem Gemeinderat werden die Ergebnisse bis Dezember vorgelegt und ich bitte um breite Zustimmung (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Das Engagement, das junge Menschen in den vergangenen Monaten für ihre Zukunft und die Welt, in der sie leben möchten, an den Tag legen, ist beeindruckend und in dieser Weise noch nie dagewesen. Dem klaren Auftrag, mehr zu tun, als bereits geschieht, sind die Stadt Graz und das Land Steiermark bereits nachgekommen und haben durch verschiedene Initiativen, wie bspw. das Top-Ticket für Studierende oder die Baumpflanzungen für Neugeborene, Ausbau der Straßenbahninfrastruktur, Fernwärmeausbau klare Zeichen für ökologisch nachhaltige Politik gesetzt.

Darüber hinaus wurden engagierte Schülerinnen und Schüler bereits im Februar zu einem Austauschgespräch mit Stadtrat Kurt Hohensinner und Stadtrat Günter Riegler zu notwendigen Maßnahmen für die Stadt Graz eingeladen. Im April wurde daraufhin auch gemeinsam mit der Bildungsdirektorin des Landes Steiermark HRⁱⁿ Elisabeth Meixner sowie Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer ein Runder Tisch und der Workshop „Klimaschutz – 5 vor 12“ veranstaltet, bei dem Jugendliche in fünf Workshops zu verschiedenen Bereichen der Nachhaltigkeit Forderungen und Maßnahmen sammeln bzw. erarbeiten konnten. Unter dieser Sammlung finden sich neben allgemeinen Forderungen, wie der Energiewende hin zu erneuerbaren Energien, einige für das private Umfeld relevante Vorschläge, um selbst einen Beitrag leisten zu können. Beispielhaft dafür ist pflichtbewusstes Mülltrennen oder die Verwendung von Stofftaschen.

Große Relevanz für die Stadt Graz haben allerdings die Forderungen, deren Zuständigkeiten und Regulierungen bei der Stadt liegen, wie beispielsweise:

- *Ausbau von Öffis, Radwegen und P&R Plätzen*
- *Bewusstseinskampagnen zu Stromsparen*
- *Neuanschaffung und Aufstellen von Mülleimern*
- *Ausweitung von Car-Sharing*
- *Einführung eines autofreien Tages*
- *Bewerbung von Roof-Planting*

Die Chance, junge Menschen, die aktiv mitgestalten möchten, enger in den politischen Prozess einzubinden, sollte die Stadt Graz nutzen.

Deshalb stellen wir im Namen der Gemeinderatsklubs von ÖVP und FPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Das Amt für Jugend und Familie wird damit beauftragt, unter Einbeziehung der zuständigen Ämter (Umweltamt, Stadtplanung, Verkehrsplanung, Stadtbaudirektion) und der Holding Graz und von Klimaexpertinnen und -experten aus dem universitären Bereich gemeinsam mit engagierten Jugendlichen einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, in welchem die Ergebnisse der bisher stattgefundenen Treffen aufgearbeitet und deren Umsetzungsmöglichkeiten in Graz konkretisiert werden sollen. Dem Gemeinderat werden die Ergebnisse bis Dezember vorgelegt.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Meine Damen und Herren, es gibt den Vorschlag, nachdem es drei dringliche Anträge gibt zu dem ähnlichen Thema, sprich jetzt die Jugendpartizipation, Klimakrise und Hitzewelle und in weitere Folge Klimanotstand, dass wir diese drei Anträge hintereinander berichten und zusammenziehen und es gibt natürlich darüber hinaus dann eine erhöhte Minutenanzahl sozusagen, um die Dinge zu besprechen. Gibt es von Ihrer Seite etwas, was dagegen spricht?

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Ja, aber es überschneiden sich die Themenstellungen, der Wunsch wurde an mich herangetragen, dass wir diese drei Themen zusammenfassen. Es ist ja keine Kürzung der Zeiten, sondern wir besprechen hier das Thema.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Gut, dann stimme ich darüber ab, wer dafür ist, dass wir diese drei dringlichen Anträge zusammenziehen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen, damit ist es angenommen. Dankeschön.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

8.3 Klimakrise und Hitzewelle in Graz (GRⁱⁿ Ussner, Grüne)

GRⁱⁿ **Ussner:**

Ein bisschen widerwillig, aber doch, weil der Klimanotstand etwas anderes ist als die Ausarbeitung des 200. Maßnahmenkataloges in dieser Stadt (*Appl.*). Wir sind mitten in der Klimakrise angekommen. Wir haben es jetzt gemerkt im Juni. Der Juni war der wärmste gemessene Monat überhaupt seit Messaufzeichnungen. Nicht nur in Österreich und in Graz, sondern sogar auf der ganzen Welt. Uns schmelzen die Permafrostböden so weg, wie es eigentlich erst 2090 vorausgesagt gewesen wäre, was auch ein Zeichen dafür ist, dass unser Klimasystem gerade kollabiert. Das ganze Methan, das darin gespeichert ist, wird uns auch noch einmal einen ordentlichen Hitzeschub verschaffen. Wenn wir nicht jetzt sofort etwas unternehmen und uns nicht erst wieder die nächsten 10, 20, 30 Jahre Zeit geben, um Maßnahmenkataloge auszuarbeiten und dann erst irgendwann umzusetzen, dann kollabieren die Lebensgrundlagen unserer zukünftigen Generationen. Und ich möchte dich nur daran erinnern, die Lebensgrundlagen auf anderen Orten der Welt kollabieren schon seit fünf bis zehn Jahren. Forscherinnen und Forscher waren auf Basis eben der neuesten Erkenntnisse, dass unsere Zivilisation, wie wir sie jetzt leben, 2050 mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit nicht mehr existieren wird, auch wenn wir jetzt sofort alles umändern würden. In dem Fall ist ja die Hitze, die wir jetzt in der Stadt erlebt haben,

im Juni nur eine von vielen Auswirkungen, die wir noch erfahren werden, aber eine, die am unmittelbarsten ist, und speziell für ältere Leute ist das wirklich schlimm, weil der Körper sich nicht so schnell erholen kann. Im Jahr 2018 gab es in Österreich 766 Todesopfer nur aufgrund der Hitze. Aufgrund des Klimawandels mit anderen Gründen, die noch zum Klimawandel gehören, sind es noch mehr Menschen. Also die Zahl der Todesopfer sogar schon die Zahl der Verkehrstoten in Österreich übersteigen. Speziell Leute, die in prekären Lebenssituationen wohnen, die sich jetzt keine Klimaanlage leisten können, die in Gries z. Bsp. wohnen oder in anderen Bezirken mit extrem viel asphaltierter versiegelter Fläche, ist es noch einmal schwieriger, weil die der Hitze auch schwieriger entgehen können. Also der Klimawandel ist nicht nur eine Umweltfrage, sondern auch stark eine soziale Frage. Es hat jetzt gestern Frankreich den Klimanotstand ausgerufen. Innsbruck hat vor, den Klimanotstand auszurufen, Vorarlberg hat heute den Klimanotstand ausgerufen und die Republik Österreich hat es ja auch vor. Deswegen ist es mir relativ *unverständlich (Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke)*, wieso Graz das nicht machen sollte. Und wenn man dann mit der Argumentation kommt, ja die Republik Österreich macht das ja eh, dann denke ich mir, ok, aber die Republik und der Bund haben andere Zuständigkeiten wie das Land und andere Zuständigkeiten wie eine Kommune. Und eine Stadt muss in ihren Möglichkeiten und in ihren Handlungsspielräumen genauso danach handeln, sich jede Maßnahme und jeden Beschluss dann auch anzuschauen, ob er klimawandelkonform ist.

Deswegen stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Der Grazer Gemeinderat erklärt den Klimanotstand und verpflichtet sich damit dazu,

1. die Klimakrise und ihre schwer wiegenden Folgen als höchste Priorität anzuerkennen sowie alle weiteren Beschlüsse des Grazer Gemeinderates als Entscheidungsgrundlage daraufhin zu prüfen, in welchem Ausmaß sie weitere Emissionen produzieren oder diese reduzieren.

2. Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, für jene Orte in der Stadt, die von der Hitze am meisten betroffen sind, insbesondere öffentliche Plätze, am Jakominiplatz war es ein Wahnsinn jetzt im Juni, die von vielen Menschen frequentiert werden, ein Akutmaßnahmenpaket auszuarbeiten, das Begrünungs- und Beschattungsmaßnahmen ebenso beinhaltet wie die Einrichtung von Wasserflächen oder Brunnenanlagen bzw. weitere Maßnahmen aus der beschlossenen Klimawandelanpassung in Graz, Aktionsplan 2022, der Stadt Graz.
3. Das Akutmaßnahmenpaket wird im Gemeinderat in seiner Sitzung im September 2019 vorgelegt, um sicherzustellen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen, vorausgesetzt einer entsprechenden Beschlussfassung im Gemeinderat, rechtzeitig bis zum Sommer 2020 umgesetzt werden können.

Mit der Bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Wir sind mitten in der Klimakrise angekommen. Graz und viele andere Orte weltweit haben im Juni wärmsten Monat, seit es Aufzeichnungen gibt, gemessen. Die Permafrostböden schmelzen genauso wie die Arktis - die Kipppunkte unseres Klimasystems sind erreicht. Wenn wir nicht jetzt etwas unternehmen, kollabieren die Lebensgrundlagen der zukünftigen Generationen und die Welt wird sich irreversibel verändern. ForscherInnen warnen auf Basis dieser neuesten Erkenntnisse, dass unsere Zivilisation, wie wir sie kennen, mit einer hohen Wahrscheinlichkeit 2050 nicht mehr existieren wird.

Wie massiv die Klimaerwärmung sich vor allem in urbanen Räumen auswirkt, haben wir alle die letzten Tage zu spüren bekommen. Viele, vor allem ältere Menschen, leiden massiv unter der Hitze. In jenen Bezirken, die mit besonders wenig Grünraum ausgestattet sind, ist es für sie kaum mehr möglich, das Haus zu verlassen. Aber auch die eigenen vier Wände heizen sich über die langen Hitzeperioden auf und bieten nicht einmal mehr in der Nacht die nötige Abkühlung für einen erholsamen Schlaf.

Menschen in prekären Lebenssituationen haben wenig Möglichkeiten, dieser Situation zu entkommen. Körperliche und psychische Gesundheit werden sukzessive beeinträchtigt, die Ambulanzen und NotärztInnen sind im Dauereinsatz.

So wie die ersten Städte in Österreich beschloss am Dienstag, den 2. Juli 2019 der Nationalrat mit großer Mehrheit, den nationalen Klimanotstand auszurufen. Das ist eine wichtige und richtige Entscheidung, denn sie anerkennt den akuten Notstand und untermauert die Dringlichkeit, auf globaler, nationaler und kommunaler Ebene rasch Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Jetzt sofort muss etwas passieren und ich wünsche mir für uns, für unsere Kinder und Enkelkinder, dass das endlich auch von der Stadt Graz nicht nur mehr am Papier und aus vollem Munde geschieht, sondern in sicht- und spürbaren Taten. Noch schneller als wir Banken retten, sollten wir uns selbst retten und die Profitinteressen solange hintanstellen, bis wir sicher sein können, dass wir unsere einfachsten und existenziellsten Lebensgrundlagen wie Luft, Boden und Wasser auch für die nächsten Generationen erhalten können.

Im Sinne des obigen Motivenberichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

1. *Der Grazer Gemeinderat erklärt den Klimanotstand und verpflichtet sich damit dazu,*
 - *die Klimakrise und ihre schwer wiegenden Folgen als höchste Priorität anzuerkennen sowie*
 - *alle weiteren Beschlüsse des Grazer Gemeinderates als Entscheidungsgrundlage daraufhin zu prüfen, in welchem Ausmaß sie weitere Emissionen produzieren oder diese reduzieren.*
2. *Die Stadtbaudirektion wird beauftragt, für jene Orte in der Stadt, die von der Hitze am meisten betroffen sind - insbesondere öffentliche Plätze, die von vielen*

Menschen frequentiert werden – ein Akutmaßnahmenpaket auszuarbeiten, das Begrünungs- und Beschattungsmaßnahmen ebenso beinhaltet wie die Einrichtung von Wasserflächen oder Brunnenanlagen bzw. weitere Maßnahmen aus der beschlossenen „Klimawandelanpassung in Graz – Aktionsplan 2022“ der Stadt Graz.

3. *Das Akutmaßnahmenpaket wird dem Gemeinderat in seiner Sitzung im September 2019 vorgelegt, um sicherzustellen, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen – vorausgesetzt einer entsprechenden Beschlussfassung im Gemeinderat – rechtzeitig bis zum Sommer 2020 umgesetzt werden können.*

8.4 Klimanotstand (GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren auf der Tribüne, geschätzte Mitglieder des Stadtsenates. Die Auswirkungen der Klimakrise sind weltweit spürbar, aber sind auch in Graz spürbar. Niemand, außer vielleicht Donald Trump, kann eigentlich die drastischen Effekte der Erdüberhitzung mehr leugnen. Ganze Landstriche werden für Menschen unbewohnbar gemacht. Trinkwasser wird weltweit knapp und doch müssen wir eigentlich gar nicht in die Ferne blicken. Wenn wir in Graz und in der Steiermark letzte Woche leider wieder einen traurigen Rekord gebrochen haben, nämlich Hitzetage, die so noch nie zuvor gemessen wurden, so haben wir auch extreme und regelmäßige Dürren und extreme Hitze. Diese Dürren sind vor allem auch für die Landwirtschaft ein extremes Problem. Außerdem ist vor kurzem auch ein Bericht herausgekommen, dass diese Hitze, vor allem auch für die Arbeitsplätze in Österreich ein extremes Risiko sein wird und dass Arbeitsplätze dadurch verloren gehen werden. Letzte Woche gab es auch wieder in Frankreich 45 Grad und es ist jemals die heißeste aufgezeichnete Temperatur dort. In Österreich verloren, wie die

Tamara schon gesagt hat, sehr, sehr viele Menschen durch die Hitze ihr Leben. Eigentlich so viele Menschen wie wir, wenn es eine Krankheit wäre, eigentlich in Panik versetzen würde. 766 Menschen verloren im Jahr 2018 in Österreich ihr Leben und dennoch wird darüber kaum berichtet, gibt es kaum öffentlichen Aufschrei. Durch Hitze sind 766 Menschen gestorben, das ist mehr als Verkehrstote. Die Wissenschaft ist einstimmig der Meinung, dass es immer schon Hitzewellen gegeben hat, aber dass das Ausmaß der Hitzewellen nur so drastisch und nur so arg, vor allem auch in der Steiermark ist, wegen dem Klimawandel und wegen der Klimakrise. Wir haben in der Stadt Graz den absurden Zustand, dass wir sehr, sehr viele tolle Strategien schon beschlossen haben, wir haben die Klimaanpassungsstrategie, wir haben die Mobilitätsstrategie, aber leider haben wir umgesetzt davon noch zuwenig und die letzten zwölf Jahre zu nutzen, um wirklich auch die Klimakrise nicht irreversibel zu machen. Wir sind im Klima, in der Klimafrage eigentlich nicht mehr fünf vor zwölf, wir sind eine Minute vor zwölf. Und es sollte eigentlich unser aller gemeinsame Anstrengung sein, den Planeten und unsere Lebensgrundlage für alle, für uns, weil wir werden diese Auswirkungen spüren, und für alle unsere nachfolgenden Generationen zu retten.

Und in diesem Sine stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz ruft ab sofort den Klimanotstand aus. In der Stadt Graz werden künftig alle Beschlüsse und Vorhaben auf ihre Wirkung auf das Klima und die Erreichung der Klimaziele geprüft (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Die Auswirkungen der Klimakrise sind weltweit spürbar. Niemand kann die drastischen Effekte der Erdüberhitzung mehr leugnen. In Indien etwa sind bereits ganze Landstriche

für Menschen nicht mehr bewohnbar und es brechen vereinzelt schon Auseinandersetzungen um das immer weniger werdende Trinkwasser aus. Doch wir müssen gar nicht so weit in die Ferne blicken, um festzustellen, dass etwas nicht stimmt. In Wien gab es im Juni 2019 mehr Hitzetage über 30 Grad als im Jahrzehnt von 1970 bis 1980 in irgendeinem Jahr insgesamt. Die Steiermark leidet regelmäßig unter Dürre und extremer Hitze. In Frankreich wurde letzte Woche mit 45 Grad die heißeste jemals aufgezeichnete Temperatur gemessen. Im letzten Jahr gab es in Österreich fast doppelt so viele Tote durch die Auswirkungen von Hitze wie im Straßenverkehr.

766 Menschen verloren im Jahr 2018 in Österreich auf diese tragische Weise ihr Leben. Dennoch wurde darüber kaum berichtet, ein öffentlicher Aufschrei blieb aus. Wenn es eine Krankheitswelle gewesen wäre, die hunderte Menschen dahingerafft hätte, so wären die Anstrengungen der Politik, dieses Unheil zu bekämpfen, wohl erheblich größer gewesen und es hätte größtmögliche Anstrengungen gegeben, dieses unnötige Sterben unverzüglich zu beenden. Dieser Einsatz seitens der Politik blieb bei der hitzebedingten Todeswelle allerdings aus. Das zeigt, dass die Klimakrise in Österreich noch immer nicht ernst genug genommen wird.

Die Wissenschaft ist fast einstimmig überzeugt davon, dass uns nur noch wenige Jahre bleiben, um eine Klimakatastrophe abzuwehren. Dennoch gibt es von der Politik meist nur inhaltsleere Absichtserklärungen. Die Stadt Graz bildet dabei leider keine Ausnahme. Unsere bisherigen Anstrengungen reichen bei weitem nicht aus, um einen gerechten Beitrag dafür zu leisten, die letzten 12 Jahre zu nutzen, um die Klimakrise zu verhindern.

Die Zeit läuft uns davon. Der Klimanotstand soll uns allen bewusstmachen, dass es nicht 5 vor 12 mehr ist, sondern 1 Minute vor 12 und dass es große Schritte und die Anstrengung von uns allen braucht.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz ruft ab sofort den Klimanotstand aus. In der Stadt Graz werden künftig alle Beschlüsse und Vorhaben auf ihre Auswirkungen auf das Klima und die Erreichung der Klimaziele geprüft.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Zur Klarstellung: Beim Antrag von ÖVP und FPÖ geht es schon um Inhalte nicht nur um Dringlichkeit, beim Antrag der Grünen und SPÖ geht es um die Dringlichkeit, ist jetzt nicht relevant, weil wir ja über die Inhalte im Vorfeld sprechen aber, dass das auch allen klar ist. Ich nütze die Gelegenheit und darf den langjährigen Bezirksvorsteher Schwarzl aus dem Bezirk Geidorf ganz herzlich auf der Tribüne begrüßen. Sei uns herzlich willkommen (*Allgem. Appl.*).

GR Sippel:

Hoher Gemeinderat, werte Zuhörer. Das Klimathema hat Konjunktur. Vier dringliche Anträge beschäftigen sich im Wesentlichen damit, auf den kältesten Mai seit langem folgt der heißeste Juni. Also wenn man sich das Klima anschaut, so ist dem der Wandel immanent. Seit es unseren Planeten gibt, wandelt sich das Klima. Die Frage ist, wie stark ist der Einfluss des Menschen und darüber streitet sich die Wissenschaft, da gibt es unterschiedliche Zugänge und ich glaube, wir sind alles keine Wissenschaftler, um diese Frage letztendlich zu beantworten (*Appl.*). Dass es Handlungsbedarf gibt, ich glaube, da sind wir ebenfalls einig. Die Frage ist nur, wie geht man die Sache an. Es ist natürlich leicht zu schreien, es ist leicht zu demonstrieren, zu fordern. Viel, viel schwieriger ist es dann schon umzusetzen und genau um das geht es in dem dringlichen Antrag, den meine Kollegin Anna Hopper auch schon vorher sehr gut präsentiert hat, nämlich die jungen Menschen einzubinden, abzuholen, ihnen anzubieten auch Umsetzungsstrategien, lieber Karl, nicht überhitzen, ich habe es dir eh vorher schon gesagt, das ist vielleicht jetzt nicht das Gesundeste, aber sie abzuholen, sie einzubinden, ihnen eine Plattform zu bieten, sich auch einzubringen. Und auch

vielleicht darüber nachzudenken, wie weitreichend gewisse Forderungen, die von der Friday-for-Future-Bewegung gestellt werden, auch theoretisch werden, nehmen wir einmal her eine CO2-Steuer. Natürlich kann man leicht fordern, nur was bedeutet sie tatsächlich? Das ist eine Besteuerung aller fossilen Energieträger. Treffen tut es, na klar, den Klein- und Mittelstand, oder autofreie Tage. Das klingt so schön, machen wir autofreie Tage. Was bedeutet das? Das bedeutet letztendlich, dass wir darüber diskutieren und über die Tragweite mit den Jugendlichen auch sprechen wollen. Das ist ja legitim und das gehört ja auch her. Wir wollen ja tatsächlich auf einer sachlichen Ebene diskutieren über diese Themen. Aber was bedeuten autofreie Tage? Autofreie Tage bedeuten auch, dass eine alleinerziehende Mutter, die auf das Pendeln angewiesen ist und sich kein neues Auto leisten kann, nicht mehr zu ihrem Arbeitsplatz kommt. Das ist die andere Seite. Und über diese Dinge gehört diskutiert und da gehören vernünftige Lösungen her. Weil man kann es nämlich auch falsch machen, wie es Frankreich gemacht hat. Wo man hergegangen ist, der Macron hat sich auch dem Druck gebeugt und hat die Mineralölsteuer erhöht. Was war die Folge? Die berühmten Gelbwestenproteste, die, glaube ich, nicht so angenehm ausgegangen sind für niemanden, der da beteiligt war. Ich glaube, diese Szenen wollen wir uns ersparen. Das heißt, vernünftiges Vorgehen und vernünftige Maßnahmen. Und mich interessiert auch die Debatte mit den Jugendlichen. Weil ich würde sie gerne einmal fragen, ob sie selbst bereit wären, so auch zu leben, wie sie es von den anderen fordern, mit aller Konsequenz? Fangen wir damit an, ob sie bereit wären, beispielsweise auf den Klimasünder Handy zu verzichten? Handy, Smartphones, absoluter Klimasünder, wenn man sich die Bilanz anschaut. Ob sie bereit wären, auf jegliche Flugreisen zu verzichten? Auch beispielsweise in die USA zum Erasmus-Studium? Oder, ob man bereit ist, zu amerikanischen Burger-Ketten essen zu gehen oder darauf zu verzichten? Das würde mich interessieren und wenn diese Frage mit Ja beantwortet wird, dann ist es ja in Ordnung. Das heißt, wir bieten mit dieser Plattform auch die Möglichkeit, aus der Doppelmoral zu fliehen und die gibt es halt leider auch. Weil, wenn man sich nämlich anschaut Friday-for-Future 15. März, eine Demonstration, die angesetzt war, sie ist dann verschoben worden auf Abend. Der Grund war, ein Radiosender hat einen

Schulschitag veranstaltet auf der Planai. Was haben die Schüler gemacht, die sind in Dieselstinkerbusse eingestiegen, sind auf die Planai gefahren. Ich glaube, Frau Stadträtin Schwentner, Sie geben mir Recht. Schifahren ist jetzt, glaube ich, nicht unbedingt der klimafreundlichste Sport. Wir machen ihn alle gern, da werden Pisten in Naturschutzgebiete hineingeschlägert, es werden Schneekanonen betrieben, es werden Liftanlagen betrieben. Im Anschluss sind Schüler dann wieder mit den Dieselstinkerbussen nach Graz zurückgefahren, haben sich dann draußen am Hauptplatz hingestellt, haben ihre Schilder hochgehalten, dass wir jetzt endlich handeln müssen in der Politik und dann waren sie nicht einmal so weit, dass sie die Schilder wegräumen, bevor sie feiern gegangen sind. Sie haben sie an die Hausmauer, an die Rathausmauer abgestellt und die Holding hat sie dann wegräumen können. Und das ist genau die Doppelmoral, über die würde ich gerne einmal auch mit den Demonstranten reden. Und ich frage mich schon, die heilige Gretel, warum sie nicht den Arnold Schwarzenegger ein bisschen angetippt hat, der beim Kongress in Wien war, der mit seinem Privatjet, ich schätze den Arnold Schwarzenegger, ich mag auch seine Filme, aber ich bedaure es noch immer, dass er den Ehrenring zurückgegeben hat dank der grünen Einmischung. Aber warum hat die Gretel nicht den Arnold Schwarzenegger angetippt und gesagt, das ist unglaublich: Du kommst da nach Europa, erklärst den Menschen, dass sie jetzt das Klima schützen sollen und selber fliegt er mit einem Privatjet aus Kalifornien daher. Und genau um das geht es. Das ist nicht glaubwürdig und da braucht es eine gewisse Stringenz. Und ich würde auch mit den Jugendlichen gerne darüber reden ...

Undeutlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Sippel:

... ob ihnen bewusst ist, dass uns bei diesen ganzen Maßnahmen, die jetzt hier auch gefordert werden, leider die Chinesen und auch andere asiatische Länder in die Suppe

spucken. Weil derzeit schaut es nämlich so aus, dass die 120 größten Kohlekonzerne, aktuell knapp 1400 Kohlekraftwerke in Planung oder in Bau haben, insgesamt in 50 Ländern. Auch wenn China viel in saubere Energie investiert, sie investieren hunderte Milliarden US-Dollar in schmutzige Energie. Da können wir Purzelbäume schlagen in Europa und in Graz, wenn da keine globale Einigung, dann wird das alles umsonst sein und das ist die Frage, was ist es tatsächlich wert und wie schaut die Bilanz dann global aus, weil natürlich kann man auch mit Vorbild vorangehen, aber man sollte das nicht auf eine ungeschickte Art und Weise machen. Und möchte schon noch zu einem Punkt sagen zum Klimanotstand: Ich muss wirklich sagen, mit dem Begriff Notstand sollte man vorsichtig umgehen. Was bedeutet das nämlich auch verfassungsrechtlich? Notstand ist etwas, was ausgerufen wird, wenn es wirklich Katastrophen gibt, wenn es Kriege gibt, dann wird der Notstand ausgerufen...

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Ussner**: Das gib es alles. Klimawandel steht auch auf dieser Liste.*

Sippel:

Du kannst dann eh noch einmal dein Schlusswort. Lassen wir den Gedanken auch weiterspinnen, was das bedeutet, wenn der Notstand ausgerufen wird. Es bedeutet, dass die öffentliche Gewalt auf ihre Bindung an Gesetz und Recht verzichten kann. Also eine drastische Maßnahme. Das bedeutet auch, dass es zu einer Verkürzung des Rechtsschutzes gegen hoheitliche Maßnahmen kommt. Das heißt, in Wirklichkeit sind das Maßnahmen, die dann sozusagen dem Rechtsstaat enthoben sind, um sie einer Strategie, eben in dem Fall, um eben Klimamaßnahmen zu treffen, dass man hier auch den Rechtsstaat, sagen wir einmal, links liegen lässt. Und das sind Dinge, über die wir diskutieren müssen, wenn man diese Begriffe in den Raum werfen „Notstand“ und auch in dem Fall „Klimanotstand“. Weil in Wirklichkeit ist es nichts anderes als Klimapopulismus. Das sage ich euch auch, liebe Grüne, weil was macht ihr? Ihr geht her an diesen Hitzetagen, die wählt ihr euch aus und es ist wirklich nicht

ungewöhnlich, dass es einmal 35 Grad in einer Stadt wie Graz hat. Ihr messt dann die Oberflächentemperatur von irgendwelchen Gehsteigen, geht dann gleichzeitig irgendwo in einen Schattenplatz im Park, stellt die Temperatur gegenüber, wie viel angenehmer das wäre.

*Zwischenruf GR **Dreisiebner**: Das war in 2 m Höhe die Messung.*

Sippel:

Wenn ihr das nicht akzeptiert, dass es auch Versiegelungen in einer Stadt gibt, dass es Straßen gibt, dass es Asphalt geben muss in einer Stadt, wenn ihr das nicht akzeptiert, dann geht am besten gleich in den Wald und kommt auch nicht mehr zurück (*Appl.*).

Das ist unseriös, das ist wirklich unseriös und das ist Populismus, weil ihr da mit Ängsten arbeitet und das ist etwas, was auf die Länge und auf die Dauer sich halt ausgeht und bin schon gespannt, weil die Frau Schwentner da so unruhig auf ihrem Sitz auch herumrutscht, ob Sie bereit sind, Sie haben jetzt auch groß gepostet auf Ihrem Facebook-Profil, dass jetzt diese Wiese da vor der Oper, wo wir den Produzenten die Möglichkeit geben auch über den Sommer ihre saisonalen und regionalen Produkte feilzubieten, ob Sie dann, wenn in zwei Monaten diese Wiese wieder errichtet, und zwar schöner als zuvor, das dann auch posten? Das wäre die Frage in Ihre Richtung. Kurzum, ich bin gerne bereit, und deshalb auch unser Antrag, mit den jungen Menschen, die ihre Anliegen auch vorbringen, zu sprechen, hier gemeinsam auch Lösungsstrategien zu entwickeln. Nur was nicht sein sollte ist, und diese Aussagen gibt es dann auch und es steht dann in dieser Strategie auch drinnen, dass sie keine Politik respektieren und akzeptieren, die Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen nicht als oberste Priorität hat. Das heißt, es ist eine Vorgabe, wo ich schon meine Probleme damit habe, weil ich denke, es gibt Entwicklungen, die drastischer sind auch für die Veränderung unserer Gesellschaft in Zukunft und das lasse ich mir nicht gerne sagen, das ist anmaßend jemandem vorschlagen zu wollen, dass das jetzt das Thema ist, das

alle auf die oberste Priorität setzen müssen. Und, ich glaube, da braucht es eine Versachlichung, da braucht es ein Gespräch und diese Plattform, die bieten wir mit unserem dringlichen Antrag und ich glaube, das ist der vernünftige Weg, den die Stadt gehen sollte. Bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Meine Damen und Herren, auch nur zur Information: Redezeit ist jetzt für alle jene, die sich zu Wort melden, drei mal drei Minuten.

StRⁱⁿ **Schwentner:**

Zur Versachlichung haben Sie offensichtlich nicht beigetragen und wenn Sie das Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern und den Jugendlichen so führen in dem Stil, wie Sie es jetzt gemacht haben, indem Sie eigentlich eh alles besser wissen und den Jugendlichen dann erklären wollen, was zu tun ist bzw. nicht, ist nämlich Klimakrise, dann weiß ich nicht, was wir von dem ganzen Antrag halten sollen (*Allgem. Appl.*). Das Einzige, was ich nachvollziehen kann, dass das eine Dringlichkeit hat und insofern ist nachvollziehbar, dass Sie auch einen Antrag stellen, der eine Dringlichkeit haben soll. Es ist aber auch bemerkenswert, dass in dem ganzen Antrag und insofern ist es ja auch richtig, dass man das gar nicht zusammenfassen kann, in dem Antrag ist weder von Klimawandel noch von Klimakrise die Rede. Das heißt, es gibt gar keine Anerkennung des Problems und insofern können Sie es dann auch nicht nachvollziehen. Sie reden von Maßnahmensetzung im Umweltbereich. Das würden wir immer unterstützen. Jede dieser Maßnahmen, die da stehen, von Ausbau für Öffis, Bewusstseinskampagnen, Aufstellen von Mülleimern, autofreie Tage, was immer da vorkommt, alles unterstützenswert, alles, jeder Punkt, wir sind dabei. Stellen Sie die Anträge, wir werden immer dabei sein als grüne Fraktion und das unterstützen. Aber insgesamt ist der Klimawandel und die Klimakrise keine Meinung mehr und es ist keine Meinung von irgendwelchen verrückten Wissenschaftlern, sondern es ist Faktum und

Tatsache. Und wir haben uns mit Tatsachen zu beschäftigen und wir sitzen hier da, weil wir politische Verantwortung haben und wir können jetzt viele Jugendliche einladen, die die Dringlichkeit längst erkannt haben. Die nicht nur in Graz auf der Straße stehen, weil es zu heiß ist, weil wir Tropennächte erleben, weil wir nicht schlafen können, weil es Schatten gibt und Sturm und Hagel und alles Mögliche. Die Landwirtschaft leidet, die Menschen, die Tiere, alle. Und entweder wir handeln jetzt gleich oder wir haben alle ein riesiges Problem und diese Dringlichkeit ist überall angekommen, glaube ich, und nur nicht bei Ihnen, Herr Sippel, und Ihresgleichen. Und das ist, glaube ich, das ganz Problem (*Allgem. Appl.*). Sie machen sich lustig über meine Postings zur Wiese. Ja, die Wiese ist ein Symbol für ganz viele und Sie machen sich lustig darüber, wenn wir reden, dass wir Bäume pflanzen wollen. Ja das ist wichtig, dass wir Bäume pflanzen, weil das Einzige, was wir in der Stadt als politisch Verantwortliche der Stadt tun können oder das Wichtigste, ist Wasser und Bäume und Bäume und Wasser, damit es kühler wird, damit da unten, jetzt stehen dort Feuerwehrautos. Vor vier Jahren haben, glaube ich, herinnen, da war ich noch nicht da, alle darüber gelacht über den grünen Antrag, dass man da draußen den Platz abkühlt, weil es nicht auszuhalten ist. Da können nicht einmal Hundepfoten drauf gehen, weil es unerträglich ist für einen Hund, den Platz zu betreten. Und die Kinder freuen sich jetzt, vor vier Jahren haben sie es witzig gefunden, jetzt ist es nur mehr erträglich, wenn da Wasser ist und wenn es Bäume gibt und über das müssen wir ganz, ganz dringend reden und reden ist gut, aber ich möchte noch darauf hinweisen, wir haben viele Maßnahmen in der Stadt gesetzt. Es gibt den Klimaaktionsplan und ich habe das jetzt am Rande verfolgt, am Anfang, das war quasi mit meinem Einstieg, was das für ein lustiges Politikum war, nämlich vom Umweltamt, das Umweltressort in das Bürgermeisteramt bzw. die Stadtbaudirektion von der wieder zurückgeschickt in das Umweltamt. Es ist ja egal, wir sind ja alle dafür zuständig, wir brauchen ja kein Politikum daraus machen. Es gibt das Mobilitätskonzept, es gibt eine Nachhaltigkeitsstrategie, unlängst eingebracht von Ihnen. Wir haben ganz viel Papier. Wir müssen dieses Papier nur wirklich ernst nehmen und umsetzen und das müssen wir alle gemeinsam tun und da sind wir wirklich gefragt, und insofern schön die Gespräche. Wir werden dem zustimmen, also meine

Fraktion wird dem zustimmen, aber noch viel wichtiger ist das Tun. Endlich das Umsetzen von dem, was wir am Papier in der Stadt längst alle beschlossen haben, das Meiste, so viel ich weiß, einstimmig. Danke.

Hopper:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch liebe Tamara und liebe Anna. Ihr seid auch Kollegen und trotzdem Antragstellerinnen. Ich würde gerne ein paar Dinge noch kurz ansprechen, weil doch ein paar, ich glaube, Feststellungen gemacht worden sind, die ich, und ich glaube, da spreche ich für meine gesamte Fraktion, so irgendwie nicht ganz richtig finden würde. Deswegen würde ich gerne darauf eingehen. Ich glaube, gerade wenn man davon spricht, was das für ein Selbstverständnis ist, Sie, Frau Stadträtin, auch kurz angesprochen haben, dass es da ein Problem gibt und dass man nachhaltig agieren muss als Regierung, als Stadtregierung, als Politikerinnen und Politiker. Ich glaube, dieses Verständnis ist schon sehr wohl da und das Ding ist nämlich auch, dass das passiert. Sie haben jetzt sehr viel darüber gesprochen, dass mehr getan werden muss, dass man mehr tun muss und du hast es auch und da bin ich halt voll bei dir, auch in deinem Dringlichkeitsantrag im Motiventext sagst du, dass es mehr Sichtbares und Spürbares braucht und da stimme ich dir schon zu, nämlich in dem Aspekt, dass man schon schauen muss, dass das, was in unseren Abteilungen bereits passiert, wo Nachhaltigkeit auch gelebt wird, auch tatsächlich auch bei Leuten ankommt und dass das, ich glaube, ich habe manchmal das Gefühl, dass das nicht einmal da herinnen passiert. Und wir haben jetzt nachher im nicht öffentlichen Teil auch ein Stück, wo Aspekte drinnen sind, die total wichtig sind. Es ist nicht das, was man irgendwie auf der Straße sieht und was auch nicht plakatiert wird, aber dass wir das in sehr vielen Aspekten leben. Ich glaube, so ehrlich muss man schon selber sein und dann zu sagen, es muss endlich was getan werden. Da bin ich schon voll dabei und gerade bei jungen Leuten, die was tun wollen, die wirklich auch ihren Beitrag leisten wollen und die vielleicht auch tatsächlich mitentscheiden wollen, was von dem, es ist ja nur eine Auswahl von den Ideen, die unserem Motiventext drinnen waren, die von jungen

Leuten gekommen sind, was man davon umsetzen kann sofort, und wenn man was tun möchte und deswegen habe ich mich gerade, muss ich ganz ehrlich sagen, ein bisschen auch selber dran gestoßen, Sie als Umweltstadträtin haben ja auch die Möglichkeit.

*Zwischenruf StRⁱⁿ **Schwentner**: Meiner Meinung tue ich das.*

Hopper:

Ja eben und das sage ich ja. Ich würde noch gerne ein paar andere Aspekte ansprechen, und zwar den Klimanotstand per se, den du auch in deinem Motiventext angesprochen hast, den Antrag, der jetzt auch im Nationalrat gerade die Runden zieht. Ich glaube, das ist ein ganz klares Zeichen und vielleicht kann ich an der Stelle irgendwo auch unser, als Volkspartei, unser Verständnis von Kommunalpolitik irgendwo darstellen. Und ich möchte es mit einem Schulvergleich machen, weil es doch sehr viele Schülerinnen und Schüler sind, die auf der Straße sind. Für mich damals als Schülervvertretung an meiner Schule war ganz klar, wenn die Bundesschülervertretung etwas beschließt, und das ist halt nun einmal manchmal Papier, ich glaube, Grundsatzbeschlüsse sind oft einmal Papier und wenn dort eine gesunde Jause beschlossen wird, dann ist es schon in meinem Selbstverständnis als Vertreterin einer Personengruppe, da meine Aufgabe, auch in diesem Bereich konkret aktiv zu werden und zu agieren und das ist, glaube ich, in dem Fall genau dasselbe. Wir als Kommunalpolitikerin und Kommunalpolitiker haben schon die Aufgabe, konkrete Maßnahmen zu finden, die Leute, die mittun wollen, einzubinden und dahingehend bin ich da auch bei unserem Klubobmann Sippel, Herrn Kollegen, der vorher gesagt hat, die Anträge, so wie sie jetzt da gerade stehen, können wir nicht mit, weil ich denke mir, wenn wir als KommunalpolitikerInnen unsere Aufgabe so verstehen, dass wir aktiv sind und wir konkrete Maßnahmen setzen, dann ist es ein ganz klares Zeichen, dass wir auf der einen Seite anerkennen, dass es was zu tun gibt und auch ein bisschen schneller was zu tun gibt und auf der anderen Seite auch unsere Aufgabe zu zeigen,

was wir in der Stadt Graz bereits machen, was nachhaltig tragend ist. Weshalb wir bei der Dringlichkeit bei den zwei Anträgen von euch nicht mitgehen werden (*Allgem. Appl.*)

GR Egger:

Es ist gerade die Frage gekommen, ob ich es schaffe sachlich zu bleiben, ich werde es versuchen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte die Diskussion um einen Punkt erweitern, der mir in der Diskussion in dem Zusammenhang immer abgeht, und zwar neun von zehn ausländischen Delegationen, die nach Österreich kommen, um Kontakte über Wirtschaftsbetriebe zu machen, interessieren sich für österreichische Umwelt- und Abfalltechnologie. In der Diskussion wird immer so getan, als ob nichts passiert in dem Land. Wir exportieren ganz viel Technologie und wir exportieren ganz viel Know-how in andere Länder. Wir leisten damit einen sehr großen Beitrag, damit sich andere Länder weiterentwickeln können. Und was mich wirklich stört an der Diskussion ist, dass die ganze Zeit über Verbote, Zwänge, Restriktionen nachgedacht wird und uns immer wieder versucht wird zu erklären, was für uns gut ist. Ich glaube, wir können in der Diskussion einmal einen Schritt nach vorne gehen und überlegen, ob wir mit Anreizen, ob wir mit Innovation, mit technischen Entwicklungen wie z. Bsp. auch in den Forschungseinrichtungen der Technischen Universität z. Bsp. auch dort einen Schritt weiterkommen. Ich glaube, wir haben schon alle die gleiche Vorstellung. Die Zielvorstellung am Weg dorthin ist eine andere und ich glaube, wir müssen die Menschen animieren, an den Umweltschutz zu denken, animieren, darüber nachzudenken, wie sich unsere Welt weiterentwickelt. Aber das geht nicht die ganze Zeit über Zwänge, Verbote, Zusatzbelastungen und schon gar nicht lasse ich mir sagen die ganze Zeit, was gut für mich ist. Das weiß ich selber eh auch und ich lebe auch in der Stadt und wir haben genauso Interesse, dass was passiert und meine Kinder leben auch da. Daher habe ich den bei uns noch nicht gefunden, dem das alles egal ist. Wenn ich schon zur Sachlichkeit immer aufgerufen werde, wie wäre es einmal bei euch mit Sachlichkeit? Du kannst das jetzt beweisen. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Haßler:

Sehr geehrter Herr Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eigentlich wollte ich mich nicht zu Wort melden, aber angesichts dieser Diskussion kann ich es mir nicht verkneifen. Ich habe mir eigentlich gedacht, wir haben heute drei Anträge zum Thema Klima, dreieinhalb oder vier, wenn man Niko seinen auch hernimmt, die eigentlich nichts anderes sind als ein Signal. Dass man ein Signal aussendet, ja, wir Grazer nehmen es auch ernst. Sie haben unterschiedliche Ansätze, aber es wäre ein Leichtes, allen drei Anträgen einfach zuzustimmen, gemeinsam die Dringlichkeit des Klimathemas zu sehen und wir hätten das erledigt. Aber nein, wir sehen wieder eine Diskussion, die einfach das zeigt, dass in diesem Gemeinderat leider seit einiger Zeit vorherrscht nämlich eine sehr, sehr große Überheblichkeit von zwei Fraktionen, die nur die Themen für dringlich und wichtig halten, die sie selber einbringen. Was unterscheidet bitte die ÖVP, die ÖVP Vorarlberg von der ÖVP Graz? Die ÖVP Vorarlberg will mit den Ausrufen des Klimanotstandes folgend dem Bund auch ein Signal setzen ...

*Zwischenruf GR **Egger**: Wir haben gemessen, aber es war nicht so viel.*

Haßler:

Was hast du jetzt gesagt? Die ÖVP Vorarlberg will ein Signal setzen und ihr da wollt nur scheinheilig sein. Ihr stellt da einen Antrag, wollt eine Diskussion führen und die anderen Dinge die wollt ihr einfach niederstimmen und der FPÖ kann ich nur sagen, wenn der Kollege Sippel von Flugreisen spricht, hätten manche in seiner Partei auf Flugreisen nach Ibiza verzichtet, hätten wir jetzt nicht das Thema, das wir derzeit haben (*Allgem. Appl.*), sage ich auch ganz ehrlich.

*Zwischenruf GR **Frölich**: Der Kreisky war öfters dort.*

Haßler:

Vielleicht hat es damals noch keine Videos gegeben, zum Glück. Ich appelliere (*Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*) endlich einmal dafür, dass man da im Gemeinderat wieder ein bisschen zu einer Sachlichkeit und einer Gemeinsamkeit zurückkehren, weil sonst wird sich das Klima auch in diesem Gemeinderat immer weiter festfahren und am Ende des Tages werden wir dann bei Dingen, wo wir vielleicht eine Gemeinsamkeit und eine Sachlichkeit brauchen, auch nicht mehr zusammenfinden. Das wäre schade.

GRⁱⁿ Schleicher:

Hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerinnen. Klimaschutz, Umweltschutz, Naturschutz ist wohl eine der wichtigsten Sachen, aber der Begriff Klimanotstand, mit dem habe auch ich ein Problem, wo mir der Umweltschutz und Naturschutz, wie schon oft bewiesen, wirklich ein Herzensthema ist. Es geht um Angstmache und um Verunsicherung der Leute und das ist einfach nicht gut. Es passiert auch kommunal sehr viel und ihr habt jetzt beide in euren Anträgen schon erwähnt und jetzt möchte ich da kurz genauer darauf eingehen, und zwar wurde schon 2016 die Klimawandelanpassungsstrategie von uns allen hier herinnen beschlossen. Erst 2018 im November, also nicht so lange her, haben wir hier gemeinsam den Aktionsplan Klimawandel-Anpassung in Graz 2022 beschlossen. Also ein Aktionsplan, das klingt schon viel positiver als Notstand. Der beinhaltet 23 Maßnahmen und ich möchte jetzt nur ganz kurz exemplarisch darauf eingehen. Eine dieser Maßnahmen ist naturnahe Gestaltung im öffentlichen Raum, Förderung der natürlichen Vegetation im Stadtraum. Dazu bekommen wir heute noch einen dringlichen Antrag von der Kollegin Pavlovec-Meixner, ist aber schon beschlossen eigentlich im November 2018. Weiters Möglichkeiten der Schaffung von Grünflächen im öffentlichen Raum prüfen, Umsetzen von Poketparks. Siedlungsräume sollen bezüglich der Errichtung von Wasserflächen evaluiert werden, Klimaresilienz von öffentlichen Freiflächen. Das sind alles Punkte vom grünen Antrag, den wir auch schon in diesen 23 Maßnahmen beschlossen haben.

Weiters möchte ich einen Punkt noch herausnehmen: Erhebung und, wo im Rahmen der Klimawandelanpassung sinnvoll, Nutzung von Kältepotentialen im Rahmen des Projektes Wärmeversorgung Graz 2020/2030. Da haben wir heute auch noch einen dringlichen Antrag vom Kollegen Swatek. Irgendwie habe ich das Gefühl, dass die ganzen heutigen Initiativen ziemlich aufgewärmt sind. Was noch ganz wichtig in dieser Klimastrategie ist, ist der Ausblick, nämlich die digitale Stadtklimaanalyse, das halte ich für sehr wichtig, wo wirklich auf wissenschaftliche Art und Weise Stadtklimaanalyse gemacht werden wird mit Modellrechnungen, die den städtischen Abteilungen Entscheidungshilfe geben, wo in der Stadt Klimaanpassungsmaßnahmen zu identifizieren, zu bewerten und in die Planung einzusetzen sind. Also alles, was ihr heute hier fordert, ist schon beschlossen.

*Zwischenruf StRⁱⁿ **Schwentner**: Der Klimanotstand nicht.*

Schleicher:

Was natürlich weiteres Faktum ist, der Klimawandel passiert ja global und deshalb braucht es eine starke Bundesregierung, die auf nationaler Ebene auch Initiativen umsetzt und da möchte ich ganz kurz, weil ich ja die Zeit habe, darauf eingehen, was der Ex-Verkehrsminister Norbert Hofer initiiert hat, bevor er gestoppt worden ist, weil es um Emissionen geht, z. Bsp. Ausbau der Schieneninfrastruktur mit 14 Milliarden Euro, auf die nächsten fünf Jahre gerechnet, 14 Milliarden für die Schiene. Ausbau des E-Mobilitätspaket wurde auf weitere zwei Jahre verlängert. Dass man Förderungen bekommt, wenn man ein E-Fahrzeug kauft. Mautbegünstigung, Investitionsanreize für den Umstieg auf schadstoffarme LKWs und was er auch vorbereitet hat, ich weiß nicht, wie weit das leider gediehen ist, die Nahverkehrsmilliarde, eine finanzielle Unterstützung des Bundes für den Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel in Großstädten, da hätten wir in Graz wirklich partizipieren können. Aber wie gesagt, es ist eine globale Geschichte und deshalb brauchen wir auch eine gute und schlagkräftige EU-Spitze und

wenn Sie in der EU endlich in das Tun kommen und nicht die Posten schachern, dann wäre es einmal schön, wenn wir eine gemeinsame Klima- und Energiepolitik hätten, weil es gibt in der EU noch immer Länder, die

- a) keine Ahnung haben von Abfallwirtschaft und Umweltschutz und
- b) natürlich auch, wie es mein Kollege Armin Sippl schon erwähnt hat, die globalen Umwelt- und Energiesünder wie USA, China und Indien, da brauchen wir eine starke EU, die da in Verhandlungen geht.

Aber natürlich kann jeder von uns was tun, jeder von uns ist gefordert. Ich sage nur Energiesparen, Ressourcen schonen, Mülltrennen, wenig Fleisch essen und vieles mehr (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Ussner:

Ich gehe zuerst einmal auf den Antrag von dir ein, Anna. Die Maßnahmen, die du da aufzählst, wären eigentlich vor 20 Jahren angemessen gewesen. Die Tatsache, dass wir seit 40 Jahren die Wissenschaft ignorieren, erfordert jetzt halt drastischere Maßnahmen. Wenn da steht, Ausbau von Öffis, Radwegen und Park & Ride, da braucht es eine komplette Verkehrswende und eine Bewusstseinskampagne zum Stromsparen. Die Stadt Graz könnte einfach massive Wärmedämmung machen und die Stadt Graz hat die strukturelle Verantwortung, Rahmenbedingungen zu ändern.

Zwischenrufe unverständlich.

Ussner:

Ja die Stadt Graz weiß aber trotzdem auch schon seit Jahren und seit Ewigkeiten, was zu tun wäre und wir machen das nicht und ich finde es ein bisschen zynisch, einen nächsten Maßnahmenkatalog zu fordern, weil wieviele Maßnahmenkataloge zu dem Thema fallen euch so ein? Wir haben die Mobilitätsstrategie, die seit sechs Jahren

nicht umgesetzt worden ist. Wir haben die Klimawandelanpassungsstrategie, seit die in der Verantwortung des Bürgermeisters ist, habe ich nichts mehr davon gehört von den ganzen Maßnahmen, die da drinnen stehen. Keine einzige ist davon bis jetzt auch nur zur Diskussion gekommen, seit die in eurer Verantwortung ist. Die Nachhaltigkeitsstrategie vor zwei Monaten. Wir haben Umweltamtsförderungskataloge, wir haben ganz viele Sachen und jetzt noch einen Maßnahmenkatalog auszuarbeiten, ist eine reine Beschäftigungstherapie für die Jugendlichen. Weil, wenn ihr wirklich ernsthaft diese Maßnahmen umsetzen wollt, dann hättet ihr schon vorgestern angefangen damit. Aber es ist eh schön, dass ihr das politische Kalkül jetzt auch entdeckt habt, dass es ein populäres Thema ist und deswegen zu thematisieren anfängt (*Appl.*). Zum Lieblingskollegen Sippel (*lacht*) ...

Zwischenruf: Heiratsantrag.

Ussner:

Das sagst du, du kannst ihn gerne heiraten (*Lachen im Gemeinderatssaal*). Du schaffst es immer wieder, mit deiner absoluten Unseriosität einfach mit so zum Lachen zu bringen, deswegen Lieblingskollege. Alle seriösen Wissenschaftler sind sich nämlich einig, aber ihr als Partei der Konzerne und Reichen müsst ihr faktenresistent und populistisch argumentieren.

Zwischenruf unverständlich.

Ussner:

Nein, das ganze Konglomerat davon, aber ihr müsst ja populistisch dagegenhalten, weil es gibt die Scientists for future. Es gibt seit 40 Jahren alle renommierten

Wissenschaftler und ein Großteil der Wissenschaftler, bis auf die, die nachweislich von Exxon Mobil bezahlt worden sind in den 70igern, um Gegenstudien zu erstellen, das ist ein Faktum, bis auf die und auf die bezieht ihr euch dann. Da frage ich mich schon, wen ihr vertretet? Ob die zukünftigen Generationen oder irgendwelche Konzerne, die den letzten Profit aus den fossilen Energieträgern noch rausholen wollen (*Appl*). Und irgendwie finde ich es ein bisschen paradox, weil du hast jetzt wieder bewiesen, dass du eigentlich überhaupt nicht an die Klimaerwärmung glaubst, aber machst dir trotzdem Gedanken über die Kohlekraftwerke in China. Also ich frage mich, wo ist da eine konsistente Richtung? Ja, aber das kann man schon aus den Inhalten herauslesen, dass ihr einfach die absoluten Klimawandelleugner seid.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Ussner:

Ja, die Klimaextreme werden mehr, auch die Klimaerwärmung, weil die Winde sich verlangsamen. In Guadalajara hat es diese Woche das erste Mal einen Hagelsturm gegeben in Mexiko und das ist auch zurückzuführen auf die Klimaerwärmung, auf die gesamte. Das ist alles logisch zu erklären, wenn man sich damit beschäftigt. Liebe Kollegin Anna Hopper, weil du sagst, in meinem Antrag mehr Sichtbares und Spürbares und dass man das mehr sichtbar machen sollte, was die Stadt Graz nicht sowieso schon alles macht, das ist, glaube ich, ein Missverständnis, weil ich habe damit gemeint, dass wir endlich in die Umsetzung gehen müssen von eben diesen ganzen Maßnahmen, die wir uns schon seit, ich weiß nicht wie lange, vornehmen und immer wieder auf irgendwelche Maßnahmenkataloge und Papiere in den Schubladen der Stadt Graz verschwinden. Ich habe wirklich das Gefühl, dass ihr das Ausmaß der Dringlichkeit nicht wirklich verstanden habt. Ich habe versucht, das vorher zu erklären mit den Permafrostböden, die in Grönland schmelzen, dass Methan, das 30mal klimawirksamer ist als CO₂ jetzt in die Atmosphäre gelangt und das uns wirklich massive Probleme

bereiten wird. Und ihr redet davon, ein schönes Plauscherl mit den Schüler und Schülerinnen zu halten über deren Zukunft, um die es geht, und mit ihnen Maßnahmenkataloge auszuarbeiten, um ihnen dann zu erklären, dass wir eigentlich eh nichts davon umsetzen wollen. Ich meine, was ist das für eine absurde Situation (*Appl.*)? Anna, ganz ehrlich, ich finde es wirklich, wirklich faszinierend, weil du bist auch in einer Generation, die noch massiv vom Klimawandel betroffen sein wird, und argumentierst hier gegen deine eigene Zukunft und stellst dich dahin und versuchst, Dinge durchzusetzen, die eigentlich deiner eigenen Zukunft und der Zukunft von unserer gesamten Generation, wirklich, wirklich problematisch sein werden. Kollege Kurt Egger, das mit dem Müll, was du gesagt hast, stimmt. Österreich ist da wirklich ein Vorreiter. Aber beim Klimawandel geht es hauptsächlich um die Emissionen und da kann mir keiner erzählen, dass wir Vorreiter sind, wenn wir bald 40 Milliarden Euro an die EU an Strafzahlungen zahlen müssen, weil wir einfach alle unsere Klimaziele absolut nicht erreicht haben (*Appl.*). Und was mir auch wichtig ist, noch einmal herauszuheben, weil ihr immer sagt, man muss die Leute animieren Strom, zu sparen, man muss die Leute animieren, weniger mit dem Auto zu fahren, wann werden die Leute das machen, wenn die Strukturen sich verändern und für die Strukturen und Rahmenbedingungen sind wir hier zuständig und immer die Verantwortung und immer die Verantwortung an das Individuum zu geben, ist eigentlich ein eigenes Abschieben von Verantwortung, die wir hier im Gemeinderat als Politiker und Politikerinnen haben und das kann nicht wahr sein.

Undeutlicher Zwischenruf aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Ussner:

Und, Kollegin Schleicher, weil Sie gemeint haben, Sie würden sich eine gemeinsame Klimapolitik wünschen. Ich glaube, das funktioniert nicht ganz (*Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*). Aber ganz ehrlich, mit einer FPÖ und rechten Parteien,

die nicht an den Klimawandel glauben, wie soll man dann eine gemeinsame Klimapolitik machen?

Unverständliche Zwischenrufe aus dem Gemeinderat.

Ussner: Ich finde es schade, dass wir nicht sachlich Entscheidungen treffen können, die wirklich einmal was für die zukünftigen Generationen wäre, weil Fridays for Future, deren Forderungen sind ja ganz klar, deren Forderung ist nicht, wir wollen jetzt ein bisschen gemütlich auf einen Kaffee gehen und darüber tratschen, was wir machen könnten, deren Forderungen ist, bekommt euren Hintern hoch und kommt in die Umsetzung und das würde ich eigentlich mit dem Klimanotstand auch fordern, aber das funktioniert anscheinend in der Stadt nicht (*Appl.*).

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Frau Gemeinderätin, bitte zum Schlusswort für die Dringlichkeit.

GRⁱⁿ Robosch:

Ich würde gerne mit ein paar Fakten und ein paar Unklarheiten aufräumen. Herr Sippel, in der Wissenschaft gibt es keinen Streit mehr, ob es die Klimakrise gibt oder ob es sie nicht gibt. Diesen Streit gibt es nicht. Es gibt keine zwei sachlichen Zugänge und die einen sehen es so und die anderen sehen es so. Es gibt eine riesige, riesige, riesige Mehrheit bei WissenschaftlerInnen, die sagen, die Klimakrise ist echt. Von denen stammt auch diese Aussage mit „wir haben zwölf Jahre“. Wenn es soweit ist, dann werden wir die Folgen der Klimakrise nicht mehr aufhalten können und nicht mehr rückgängig machen, das ist einfach Faktum. Faktum ist auch, dass Sie von Doppelmoral gesprochen haben und Sie haben angeführt, dass Fridays for Future an einem Datum aus irgendwelchen Schitaggründen die Kundgebung am Abend gemacht haben. Wir

haben hier eine Fraktion sitzen, deren Jugendorganisation genau am gleichen Tag um 11.00 Uhr in der Früh eine Kundgebung mit dem Klimathema gemacht hat, das war die KJÖ und zu dieser Klimakundgebung sind genauso viele Leute gekommen wie sonst auch immer. Also das stimmt einfach nicht, es hat an diesem Tag zwei Kundgebungen gegeben, eine von Fridays for Future und eine von der KJÖ und beide waren sehr, sehr gut besucht. Wenn man über Doppelmoral reden, dann können wir auch gleich darüber reden, dass die FPÖ beim Klimathema sowieso nicht, aber nicht einmal beim Sportthema würden Sie irgendwie klimabewusst handeln, weil die FPÖ ist zur letzten Sportjahr-PK mit dem Auto hingereist. Also ihr nehmt es nicht so ernst mit dem Sport und ihr nehmt es auch nicht so ernst mit dem ...

Zwischenruf GR Ing. Lohr: Mit dem Sportauto.

Robosch:

Ok, dann ist Sportauto scheinbar sogar Sport für euch. Aber, wenn man dann von Doppelmoral redet und von wegen ja die und jene fliegen zu viel mit dem Flugzeug oder die und jene sind nicht vegan und deswegen brauchen sie sich nicht zur Klimadiskussion äußern. Ich glaube, diese individualistischen Ansätze und die individualistischen Lösungen reichen nicht aus. Jeder, der einen Beitrag leistet, sehr loblich, aber das wird uns in diesen zwölf Jahren nicht retten. Das ist einfach auch Faktum. Ich geben unserem Kollegen Kurt Recht, in der Abfallwirtschaft und in der Abfallpolitik haben wir schon seit Jahrzehnten eine VorreiterInnenrolle, aber das wird uns auch nicht retten und wenn wir in diesem schwarz-blauen Tempo mit den Strategien, die in der Schublade liegen und mit diesen Maßnahmen, über die wir noch, also Sie, weitere sechs Jahre wie über die Mobilitätsstrategie weiter6reden, anstatt sie zu leben, werden wir quasi diese Klimakrise auch nicht lösen. Wir haben nur eine Zukunft und die gilt es zu retten und wir haben nur einen Planeten und wir haben keinen Planeten B. Ich glaube, wenn hier gesagt wird, dass wir immer wieder diesen

Klimanotstand fordern und dass der eigentlich nichts bringt, ich glaube, das Wichtigste an diesem Klimanotstand wäre, dass endlich in diesem Haus das Bewusstsein einziehen sollte, dass man handeln muss und nicht mehr reden muss. Und wenn hier gesagt wird, dass wir mit Angst spielen, dann möchte ich gerne sagen, ja. Weil Greta Thunberg hat ein sehr, sehr tolles Zitat gebracht und sie hat gesagt: „Erwachsene sagen immer, wir sind es den jungen Leuten schuldig, dass wir ihnen Hoffnung geben. Aber ich will eure Hoffnung nicht, ich will, dass ihr in Panik geratet, in die ich gerate. Ich will, dass ihr die Angst spürt, die ich spüre. Ich will, dass ihr handelt, als würde das Haus brennen, denn es brennt“, und deswegen bitte rufen wir den Klimanotstand aus (*Allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Gemeinderätin Hopper, Schlusswort? Deinen Antrag, es sind alle Anträge, bei deinem Antrag ist die Dringlichkeit gegeben, daher zum Inhalt.

Hopper:

Zwei kleine Aspekte ergänzend noch, weil ich glaube, das ist irgendwie jetzt, vor allem du, Tamara, hast es, glaube ich, nicht ganz bzw. ein bisschen anders ausgelegt als wir das recht klar, glaube ich, auch formuliert haben. Unser Antrag setzt sich deswegen damit auseinander, dass wir aktiv Jugendpartizipation betreiben möchten, weil es um junge Leute geht, die wirklich auch etwas einfordern. Und ich glaube, dass es da wichtig ist, dass wir verstehen, was die Abläufe dafür sind. Und nein, es ist halt nicht so, dass wir uns irgendwie mit jemandem auf ein Plauscherl zusammensetzen und dann erwarten, das Gleiche, was wir als richtig empfinden, dann zurückhaben, weil wir als Volkspartei und die Freiheitlichen, glaube ich auch, können schon damit umgehen, wenn jemand eine andere Meinung hat. Weil wir müssen nicht die ganze Zeit jemandem erklären, wie und in welcher Reihenfolge was zu tun ist. Es ist vollkommen in Ordnung, wenn jemand das anders sieht. Und das ernst zu nehmen, dass die jungen

Leute tatsächlich Engagement zeigen und auf die Straße gehen, auch wirklich da eine Möglichkeit zu schaffen, das mitzunehmen und das ernstzunehmen, ist, glaube ich, der Hauptaspekt von dem Antrag und das ist auch wirklich auch ganz ernst gemeint. Und es ist auch nicht zynisch, die Leute einzuladen, die sich tatsächlich engagieren und da auch die Möglichkeit zu schaffen, ihnen die Information zur Verfügung zu stellen, damit sie auch wissen, was dafür notwendig ist, dass so etwas auch in die Gänge kommt und wieso es vielleicht manchmal ein bisschen länger dauert. Und deswegen sind wir den jungen Leuten, glaube ich, schon auch schuldig, damit sie das nachvollziehen können. Was ich vielleicht auch noch ergänzen möchte zum Schlusswort dazu, zur Reaktion auf das, was du gesagt hast, ist, dass wir uns nicht erst seit junge Leute auf der Straße sind, damit beschäftigen, ich glaube, ich habe das schon beim letzten Mal schon gesagt, seitdem die Jury die ökosoziale Marktwirtschaft auch so definiert hat, ist es das, was wir grundsätzlich bei all unseren politischen Aktionen mitbedenken. Völlig egal auf welcher Ebene das ist, genauso jetzt auch oben im Nationalrat, wo am Dienstag 20 Millionen Euro für diesen Öl-Bonus auch beschlossen worden sind. Was auch wichtig ist, was die ehemalige Nachhaltigkeitsministerin Köstinger vorher schon vorgeschlagen hat, also wir machen das auf allen Ebenen und da lasse ich mir sicher nicht als Mitglied der Volkspartei sagen, dass wir die Nachhaltigkeit nicht leben (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages von GRⁱⁿ Ussner wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) abgelehnt.

Die Dringlichkeit des Antrages von GRⁱⁿ Robosch (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ und Neos) wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Antrag von GRⁱⁿ Hopper wurde einstimmig angenommen.

**8.5 Öffi-Tarife für SeniorInnen und Kinder
(GR Eber, KPÖ)**

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, lieber Mario, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Wir kommen zu einem etwas anderen Thema, nämlich da geht es um den Verkehr, was ja auch oft einmal irgendetwas mit dem Klima durchaus zu tun hat. In meinem Antrag geht es aber vor allem um den öffentlichen Verkehr und da ist festzuhalten, der öffentliche Verkehr ist eine wichtige Säule im Verkehr insgesamt, auch in Graz natürlich, und es stellt sich dabei natürlich jeden Tag die Frage, gelingt es ...

*Zwischenruf Bgm.-Stv. **Eustachio**: Meine Damen und Herren, bitte um Aufmerksamkeit. Danke.*

Eber:

Danke. Gelingt es, Kundinnen und Kunden jeden Tag sozusagen auf das Neue zu überzeugen, den öffentlichen Verkehr zu verwenden? Und da glauben wir, dass attraktive Angebote, die es natürlich auch schon in der Vergangenheit gab und gegeben hat, relativ bald auch schon Wirkung zeigen. Im Steirischen Verkehrsverbund sind also die ganzen steirischen Unternehmen zusammengefasst und hat sich da auch alles oder vieles sehr positiv entwickelt, aber natürlich bei so einem großen Zusammenschluss gibt es natürlich auch da und dort noch Schwächen, die immer wieder dann auftauchen oder Verbesserungsmöglichkeiten, sagen wir einmal so. In meinem Antrag möchte ich vor allem auf zwei Verbesserungsmöglichkeiten eingehen, nämlich:

1. Kinder, die noch nicht in die Schule gehen, sollten die öffentlichen Verkehrsmittel gratis benutzen können. Das ist sozusagen einmal eine logische und wünschenswerte

Prämisse und viele glauben natürlich, dass das tatsächlich auch der Fall ist. Ist es aber nicht, denn eine relativ kleine Gruppe ist davon ausgenommen. Nämlich jene, die das sechste Lebensjahr vollendet haben und deren Eltern bzw. Elternteil Inhaber einer SozialCard Mobilität sind. In diesem Falle nämlich gilt der Steirische Familienpass eben nicht. Außer, der Steirische Familienpass würde ermöglichen, dass Kinder bis zum 15. Lebensjahr gratis mitgenommen werden können. Und es gibt da auch konkrete Fälle, die immer wieder eben auftauchen, z. Bsp. eine alleinerziehende Mutter, die berufstätig ist, aber natürlich eben aufgrund ihrer Kinderbetreuungspflichten nicht ganztätig arbeiten kann, sondern nur Teilzeit, deswegen wenig verdient und eben aufstocken auf die Mindestsicherung muss. In diesem konkreten Fall wohnt sie am Hafnerriegel, das Kind geht in eine Betreuungseinrichtung in der Grabenstraße und das heißt, sie muss mit dem öffentlichen Verkehrsmittel das Kind dort hinbringen und muss für das Kind eine Jahreskarte kaufen, Jahreskarte Graz. Das ist der eine Bereich, wo wir uns natürlich Verbesserungen wünschen würden. Wie gesagt, da geht es um relativ wenig Betroffene und von daher würden sich wahrscheinlich auch die finanziellen Auswirkungen in einem sehr überschaubaren Rahmen bewegen und

2. das ist natürlich auch eine Frage, die wir hier im Gemeinderat schon oft diskutiert haben und eigentlich waren wir da eh immer einer Meinung, nur war immer die Schwierigkeit, ja wie kommen wir denn dort hin, für die SeniorInnen eine Entkoppelung zu erreichen von der ÖBB-Vorteilscard Senior. Dieser Erwerb dieser Karte ist Voraussetzung dafür, dass man auch im Steirischen Verkehrsverbund, eben auch in Graz bei den Holding Graz Linien, eine Ermäßigung erhält und insbesondere unsere Gäste unserer Stadt, die natürlich nicht so gut informiert sind, sind hier schon oft vor Problemen gestanden, weil sie natürlich nicht wissen, dass diese ÖBB-Card Voraussetzung ist.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Herrn Dr. Günter Riegler in seiner Funktion als Finanz- und Beteiligungsstadtrat,

1. Gespräche mit den Holding Graz Linien und dem Land Steiermark zu führen und auszuloten, ob man eine Lösung finden kann, damit die SozialCard Mobil um die im Steirischen Familienpass festgelegten Leistungen, nämlich Kinder fahren gratis bis 15 Jahre mit, erweitert wird oder die Bestimmungen für den Familienpass entsprechend geändert werden und
2. gemeinsam mit den ÖBB und dem Land Steiermark Möglichkeiten und deren vor allem finanzielle Auswirkungen auszuloten und dann damit die Senioren-ermäßigung für die Verbund-Zeitkarten von der ÖBB-Vorteilscard Senior zu entkoppeln.

Danke, ich ersuche um freundliche und große Zustimmung. Danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Viele Wege, die die Grazer Bevölkerung zurücklegt oder zurücklegen muss, werden mit dem Öffentlichen Verkehr abgewickelt. Der Anteil liegt seit Jahren konstant bei knapp 20 Prozent.

Dabei muss sich der ÖV für jede Fahrt aufs Neue dem Wettbewerb, insbesondere mit dem motorisierten Individualverkehr, stellen, um neue KundInnen zu gewinnen bzw. alte zu halten. Viele Maßnahmen, insbesondere seit der Gründung des Steirischen Verkehrsverbundes, zielen daher in diese Richtung. Attraktive Angebote zeigen hier schon bald Wirkung.

Aber es gibt natürlich auch noch einige Schwächen zu überwinden. Zwei Punkte sind dabei in den letzten Tagen und Wochen - auch in der breiten Öffentlichkeit - wieder stärker diskutiert worden.

- a. *Kinder, die noch nicht in die Schule gehen, sollten die öffentlichen Verkehrsmittel gratis benützen können. Das erscheint nicht nur logisch und wünschenswert, viele glauben auch, dass dies tatsächlich der Fall ist. Aber eine kleine Gruppe ist davon*

ausgenommen. Nämlich jene, die das 6. Lebensjahr bereits vollendet haben, deren Eltern (bzw. Elternteil) Inhaber einer Sozial Card sind. In diesem Falle gilt der Steirische Familienpass eben nicht.

- b. SeniorInnen benötigen eine ÖBB-Vorteilscard, um auch im Steirischen Verkehrsverbund Ermäßigungen zu erhalten. Einheimische, vor allem aber Gäste unserer Stadt, die oft weniger gut informiert sind, wurden hier schon gestraft, weil sie über diese Vorschrift nicht informiert waren. Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden*

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Herrn Dr. Günter Riegler in seiner Funktion als Finanz- und Beteiligungsstadtrat,

- 1. Gespräche mit den Holding Graz Linien und dem Land Steiermark zu führen und auszuloten, ob man eine Lösung finden kann, damit die SozialCard Mobil um die im Steirischen Familienpass festgelegten Leistungen (Kinder fahren gratis bis 15 Jahre mit) erweitert wird oder die Bestimmungen für den Familienpass entsprechend geändert werden.*
- 2. gemeinsam mit den ÖBB und dem Land Steiermark Möglichkeiten und deren – vor allem finanzielle - Auswirkungen auszuloten, die Seniorenermäßigung für die Verbund-Zeitkarten von der ÖBB-Vorteilscard Senior zu entkoppeln.*

Vorsitzwechsel – StR Hohensinner übernimmt den Vorsitz (17.55 Uhr).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ **Potzinger**:

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste auf der Galerie. Ich habe etwas mitgebracht, ein Seniorenticket aus der Stadt Wien, mein Mann hat es vor kurzem gelöst, 1,50 Euro statt 2,40 Euro. Es genügt ein einfacher Ausweis. Inhaltlich ganz d'accord mit deinem Antrag, Herr Kollege, nur der Adressat ist falsch.

Ich möchte deshalb namens der ÖVP-Fraktion einen Abänderungsantrag stellen dahingehend, dass unsere geschätzte Frau Verkehrsstadträtin sich des Themas intensiver annimmt. Sie ist eine leidenschaftliche Politikerin, die Wohnungsangelegenheiten brennen nach wie vor in ihrem Herzen. Ich hoffe zuversichtlich, ich bin überzeugt davon, dass in Zukunft auch das Verkehrsthema ebenso in ihrem Herzen brennen wird. Es geht wirklich darum, in erster Linie einmal zu fragen, welche finanziellen Auswirkungen das hat, sondern das Inhaltliche zu thematisieren und vor allem die innerhalb Österreich bestehenden Ungleichbehandlungen, eben Beispiel Wien, das Gleiche ist in Innsbruck, dort genügt auch ein einfacher Ausweis. Die zweite Ungleichbehandlung betrifft die Generationengerechtigkeit. In Graz können, Gott sei Dank, Jugendliche zwischen dem 15. und 19. Lebensjahr auch die verbilligte Karte lösen, bei Kontrolle genügt ein einfacher Ausweis, Personalausweis, Reisepass, Führerschein und was immer. Die Senioren müssen die 29 Euro für die ÖBB-Vorteilscard zahlen und diese Bestimmung gilt seit 1997. Da ist einmal neu zu verhandeln. In der Zeit hat sich viel geändert. Ich sage jetzt einmal, diese 29 Euro sind in den meisten Fällen ein reines Körpergeld für die ÖBB. Die viel Förderungen bekommen, die ihnen auch zusteht, aber in manchen Bereichen immer mehr bekommen, gerade auch aus der Stadt Graz. Ich erinnere nur daran, dass wir, Gott sei Dank, stark steigende Kinderzahlen haben. Das heißt, immer mehr Schülerinnen und Schüler, die ein Schülerticket haben, das aus Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds so massiv gefördert wird, dass von den Gesamtkosten her die Schülerkarte mehr kostet als die Erwachsenenkarte. Das kann ja nicht auf alle Ewigkeit so sein, dass zu Lasten des Familiensäckels, das ist der Familienlastenausgleichsfonds, die ÖBB immer mehr bekommen. Jetzt sage ich einmal, die könnten leicht verzichten auf diese 29 Euro bei

den Senioren. Es kommt eh über den FLAF ständig immer mehr Geld herein. Übrigens, sehr schön die Auflistung 38 % Ermäßigung. Da empfehle ich auch, einmal auf die Schulbank zurückzukehren und zu rechnen, nämlich die Preisreduktion von 2,50 Euro auf 1,60 macht glatte 36 % aus und nicht 38 %. Auch das ist zu korrigieren. Es ist wichtig, auch das Thema Familienlastenausgleichsfonds und Querfinanzierung in Richtung ÖBB wieder zu thematisieren. Da sollte man auch mit der Familienlandesrätin darüber reden, mit der Uschi Lackner, ebenso wie über das Thema Familienpass. Der Familienpass gehört auch wieder einmal, der Familienpass des Landes Steiermark, genauer angeschaut. Es kann nicht sein, du hast das zu Recht kritisiert, Herr Kollege, dass eben InhaberInnen der SozialCard da von Familienpassleistungen ausgeschlossen sind. Wie gesagt, inhaltlich ganz d'accord, aber die Adresse ist unsere geschätzte Verkehrsstadträtin. Deshalb der Antragstext der gleiche mit dem Unterschied, der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Frau Stadträtin Kahr in ihrer Funktion als Verkehrsstadträtin, die genannten Punkte zu bearbeiten. Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Abänderungsantrag ÖVP:

Zum angeführten dringlichen Antrag stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Frau Elke Kahr in ihrer Funktion als Verkehrsstadträtin,

- 1. Gespräche mit den Holding Graz Linien und dem Land Steiermark zu führen und auszuloten, ob man eine Lösung finden kann, damit die SozialCard Mobil um die im Steirischen Familienpass festgelegten Leistungen (Kinder fahren gratis bis 15 Jahre mit) erweitert wird oder die Bestimmungen für den Familienpass entsprechend geändert werden.*

2. *gemeinsam mit den ÖBB und dem Land Steiermark Möglichkeiten und deren - v. a. finanzielle - Auswirkungen auszuloten, die Seniorenermäßigung für die Verbund-Zeitkarten von der ÖBB-Vorteilscard Senior zu entkoppeln.*

StRⁱⁿ Kahr:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Frau Gemeinderätin Sissi Potzinger. Mir soll es recht sein, wenn der Abänderungsantrag heute einstimmig beschlossen wird. Ich hoffe doch dann, weil das erste Mal sozusagen die beiden Punkte, die mein Kollege Manfred Eber ja nicht das erste Mal hier einbringt, auch mit der Bitte meinerseits, also insoferne, liebe Sissi, brauchst du dir keine Sorgen machen, dass mir inhaltlich das Thema Mobilität oder wie es den Kunden und Kundinnen geht beim Thema beim Verkehr ich dafür nicht brenne. Und zwar, ich bin wie gesagt seit 25 Jahren da, die hohe Tarifpolitik der Grazer Verkehrsbetriebe oder jetzt Graz Linien und welche Auswirkungen sie auf die Bevölkerungsgruppen hat, war für mich immer ein Thema. Soviel Dringlichkeitsanträge kann ich gar nicht aufzählen, wie wir da schon eingebracht haben und, wie gesagt, genau zu diesen beiden Punkten, die hoffentlich heute einstimmig beschlossen worden sind, haben wir, mein Kollege, schon zwei Mal eingebracht und ist leider abgelehnt worden. Jetzt kann man das so sagen, ok, man sieht das nur inhaltlich und nicht finanzpolitisch, letztendlich hat es aber, und ich glaube, so viel Realisten und Realistinnen seid ihr, hat es sehr wohl mit Geld zu tun. Weil natürlich, wenn wir möchten, dass diese beiden Bevölkerungsgruppen, und wir reden hier von Kindern und von Pensionisten und Pensionistinnen, wir hier helfen wollen und ich halte das tatsächlich so und da gebe ich dir vollkommen Recht inhaltlich auch. Ich halte das für eine schwere Benachteiligung und Diskriminierung der Senioren und Seniorinnen, ist auch in anderen Bundesländern nicht mehr üblich. Andere Länder haben überhaupt Seniorenfreifahrt. Also, wenn du ein bestimmtes Alter hast von PensionistInnen oder SeniorInnen gratis, da sind wir eh noch weit weg davon, aber das gehört geändert und vor allem Politik ist immer konkret, das ist heute vollkommen zu Recht. Gerade, wenn man über die Klimanotstandsdebatte gesprochen haben,

mehrmals angesprochen worden. Anna Hopper, ich finde, dass wir den Antrag heute auch einstimmig beschlossen haben von dir durchaus für richtig. Interessanterweise, ich versuche immer genau hinzuhören, nicht nur jetzt ExpertInnen, sondern gerade auch, was die Bevölkerung oder auch Kinder und Jugendliche sagen und dieses Mitmischen, was es dankenswerterweise gibt und wo zu allen Stadträten und Stadträtinnen immer Kinder kommen, ist genau dieses Thema zur Sprache gekommen. Das war schon 2017, wo ein junges Mädchen gesagt hat, warum muss meine Schwester, die noch nicht in die Schule geht, die Jahreskarte von einem Erwachsenen zahlen? Nur weil sie das sechste Lebensjahr überschritten hat? Das war das erste Mal, dass ich auf das Thema aufmerksam worden bin. Das ist früher völlig unbekannt gewesen und seitdem bringen wir das regelmäßig da ein. Trifft eben vor allem auch allerziehende Elternteile, die ein Kind oder zwei Kinder haben und die halt berufstätig sind, aber Aufstocker sind, dadurch sie die SozialCard beziehen und dadurch aber vom Familienpass ausgeschlossen sind, weil die eben die SozialCard-Bezieher ausschließt. Jetzt kann man sagen, ok, das ist eine Lex Graz, mich interessiert das nicht. Aber, um es nur herunterzubrechen, wir haben es im Verkehrsverbund ja das zum Thema gemacht. 25.000 Euro maximal würde das der Stadt Graz kosten, wenn wir all jene Kinder mitaufnehmen würden, die das sechste Lebensjahr überschritten haben, aber noch nicht in die Schule gehen. Ist eine Kleinigkeit im Vergleich zu dem, was wir heute alles besprochen oder an großen Visionen haben.

Die zweite Geschichte mit der Vorteils card. Glaube mir, inhaltlich habe ich das mit dem Landesrat besprochen im Verkehrsverbund. Ich bin leider dort nicht stimmberechtigt, aber ich habe jeweils den Abteilungsleiter Kroissenbrunner als auch die interimistische Leiterin immer gebeten, den Antrag von mir dort einzubringen, ist auch eingebracht worden, ist aber immer abgelehnt worden. Und um es abzukürzen, wenn ihr so viel Vertrauen habt, dass ich das derhebe, die ÖBB umzustimmen, die Landesregierung umzustimmen und unseren Finanzstadtrat, im Übrigen am 18. haben wir zu dem Thema auch im Kontrollausschuss werden wir einen Antrag einbringen. Ich bin gespannt, ob sie sich alle überzeugen lassen, wenn ihr mir da so vertraut, dann danke

ich für dieses Vertrauen, weil das würde ja heißen, dass ihr dem eigenen Finanzstadtrat nicht das zutraut. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

StR Hohensinner:

Ich habe jetzt nur nachgegoogelt, im Jahre 2010 hat es einmal zu Punkt 2 einen dringlichen Antrag gegeben, der einstimmig durchgegangen ist und ich glaube, wenn wir da alle mithelfen, vielleicht bringen wir es jetzt zusammen. Da geht es nicht darum, dass wir glauben, dass du es besser kannst oder nicht, ich glaube, es werden sich alle einsetzen.

Eber:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben ja vorher das auch kurz vorbesprochen mit der Sissi Potzinger, habe es natürlich bedauerlich gefunden aus meiner Sicht, dass das jetzt ein Abänderungsantrag ist, aber weil ich mir gedacht habe, also sinnvoll wäre, dass man beide sozusagen beauftragen, weil es natürlich so ist, dass man ohne Geld und ohne Finanzdebatte also da nicht durchkommen werden. Aber es ist zumindest einmal ein erster Schritt und von daher freue ich mich auch, wenn der Abänderungsantrag angenommen wird. Du hast gesagt, inhaltlich Thematisieren ist einmal wichtig, das sehe ich genauso. Ich freue mich auch, dass wir heute vielleicht tatsächlich zu einem einstimmigen Beschluss kommen. Inhaltlich thematisiert worden ist es in der Vergangenheit, wie gesagt, ja schon öfters. Der Kurt hat jetzt hingewiesen auf einen einstimmigen Beschluss von 2010. Es hat dann immer wieder Anfragen, Anträge gegeben, ist die Dringlichkeit nicht immer durchgegangen, aber wenn das heute so ist, dann freut mich das umso mehr. Danke und ich freue mich auf eine große Zustimmung (*Allgem. Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

**8.6 Honoraruntergrenzen für KünstlerInnen und Kulturschaffende
(GRⁱⁿ Mag.^a Mohsenzada, FPÖ)**

GRⁱⁿ Mohsenzada:

Leider ist Spitzwegs „Armer Poet“ für viele Menschen noch immer das Sinnbild eines Künstlers: ausgehungert und frierend in einer Substandardwohnung, der prekären Beschäftigung nachgehend, damit andere Menschen sich später in gemütlichen warmen Wohnungen an seinen Werken erfreuen können. Das Land Berlin hat bereits vor einigen Jahren eingesehen, dass sich ihr Aushängeschild, nämlich Kunst und Kultur, unter diesen Bedingungen nur schwerlich produzieren lässt. Die Senatsverwaltung hat daher Richtlinien zu Honoraruntergrenzen, Ausstellungshonoraren und Lesehonoraren erstellt, die bei Antragstellung auf Förderung zu berücksichtigen sind. Ausnahmen macht die Jury der FördergeberInnen lediglich bei kleinen Vereinen und Kleinstprojekten, die nicht in der Lage sind, Drittmittelgelder einzuheben. Also da ist das Programm aus Berlin, falls es jemanden noch interessiert. Die Stadt Graz, die als Kulturhauptstadt bald wieder ein Kulturjahr veranstaltet, sollte diesem Beispiel folgen. Denn um diesem Titel gerecht zu werden, heißt es nicht allein, Werbemittel in die Hand zu nehmen, sondern auch darauf zu achten, dass Kulturschaffende ein existenzsicherndes Einkommen haben. Denn nicht jede Kunst lässt sich verkaufen. Medienkunst etwa, für deren Qualität Graz einen internationalen Ruf genießt, passt z. Bsp. nicht ins heimische Wohnzimmer. Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen in Anlehnung an das Berliner Beispiel Richtlinien für Honoraruntergrenzen, Ausstellungshonorare und Lesehonorare ausarbeiten, die als Kriterium für die Gewährung zukünftiger Kulturförderungen, insbesondere bei den Projekten des Kulturjahres 2020, zur Anwendung kommen sollen. Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Leider ist Spitzwegs „Armer Poet“ für viele Menschen noch immer das Sinnbild eines Künstlers: ausgehungert und frierend in einer Substandardwohnung, der prekären Beschäftigung nachgehend, damit andere Menschen sich später in ihrer gemütlich warmen Wohnung an seinen Werken erfreuen können.



Das Land Berlin hat bereits vor einigen Jahren eingesehen, dass sich ihr Aushängeschild, nämlich Kunst und Kultur, unter diesen Bedingungen nur schwerlich produzieren lässt. Die Senatsverwaltung hat daher Richtlinien zu Honoraruntergrenzen, Ausstellungshonoraren und Lesehonoraren erstellt, die bei Antragsstellung auf Förderung zu berücksichtigen sind. Ausnahmen macht die Jury der FördergeberInnen lediglich bei kleinen Vereinen und Kleinstprojekten, die nicht in der Lage sind, Drittmittelgelder einzuheben.

Die Stadt Graz, die als Kulturhauptstadt bald wieder ein Kulturjahr veranstaltet, sollte diesem Beispiel folgen. Denn um diesem Titel gerecht zu werden, heißt es nicht allein, Werbemittel in die Hand zu nehmen, sondern auch darauf zu achten, dass Kulturschaffende ein existenzsicherndes Einkommen haben. Denn nicht jede Kunst lässt sich verkaufen. Medienkunst etwa, für deren Qualität Graz einen internationalen Ruf genießt, passt z. B. nicht ins heimische Wohnzimmer.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz (Kulturamt) mögen in Anlehnung an das Berliner Beispiel Richtlinien für Honoraruntergrenzen, Ausstellungshonorare und Lesehonorare

ausarbeiten, die als Kriterium für die Gewährung zukünftiger Kulturförderungen, insbesondere bei den Projekten des Kulturjahres 2020, zur Anwendung kommen sollen.

GR Hötzl:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Mohsenzada. Wir haben heute eh schon kurz geredet über deinen dringlichen Antrag. Im Hinblick auf das Kulturjahr 2020, wo Sie alle wissen, dass der Herr Stadtrat Riegler dort ein glühender kulturinteressierter Politiker ist, werden auch wir uns dafür einsetzen, dass im Zuge dieser Vorbereitung dieses Jahr auch dieses Thema angegangen wird, sei es per Gesetz fordernd oder per Intention, die du da hast, aber wir werden uns dafür einsetzen, dass dieses Thema einfach am Tisch kommt und das im Zuge dieser Schwerpunktaktion Kulturjahr 2020 gemacht wird. Aus diesem Grund muss ich dir aber jetzt trotzdem leider sagen, sind sie deshalb genau nicht dringlich. Wir werden dem Ganzen dann nicht zustimmen, der Dringlichkeit nicht zustimmen, aber wir werden uns für das Thema einsetzen (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Ja, die „Dirndlfraktion“ sagt jetzt etwas. Ich möchte eigentlich nicht nichts zum Antrag sagen, weil der Antrag spricht für sich selbst und ist ein sehr guter Antrag, danke dafür. Aber ich möchte etwas zu dieser Kultur sagen, die da scheinbar eingezogen ist, von der ich schon oft quasi betroffen war, weil jetzt auch ein sehr, sehr wichtiger, sehr aktueller und sehr dringlicher Antrag wieder einmal zur Last fällt. Weil das Kulturjahr ist dringlich, wir haben bald dieses Kulturjahr, diese Richtlinien wären wichtig und jetzt steht wieder einmal eine Fraktion vor uns und sagt, uns ist das auch wichtig, wir machen das auch, aber wir stimmen dem Antrag eigentlich nicht zu. Das ist politisch wirklich und auch inhaltlich so verquer und so absurd, was ihr da abzieht. Das letzte Mal war das Gleiche. Ihr sagt, ihr macht das eh und deswegen stimmt ihr dem Inhalt

nicht zu. Das ist einfach Politik, von der die Leute einfach so die Schnauze voll haben ...
(Appl.)

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Robosch:

Nein, wirklich. Ja es ist aber einfach dringlich und ihr sagt ja, ihr wollt das machen und deswegen verstehe ich einfach nicht, wie man da rausgehen kann und zu so einem guten Antrag sagen, ich mache das eh selber, wir setzen uns eh dafür ein, aber wir stimmen trotzdem dagegen. Das ist genau das, wovon die Leute so die Schnauze voll haben und deswegen werden sie von euch im September die Schnauze voll haben.

GRⁱⁿ Gmeinbauer:

Lieber Herr Vorsitzender, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.
Eigentlich wollten wir uns zu dem Thema nicht melden, weil es uns absurd erscheint. Absurd deswegen, ich bin auch selbständig tätig und würde mir auch für meine Branche eine Honoraruntergrenze wünschen, von da her kann ich diesem Antrag, auch wenn du, liebe Kollegin, da ja zu euphorisch darüber gesprochen hast und gratuliert hast, dass das eine tolle Idee ist und selbst wenn es so etwas in Berlin gibt, heißt noch lange nicht, dass das auch für uns ein gutes Modell ist.

*Zwischenruf **Robosch**: Warum nicht?*

Gmeinbauer:

Nein, was heißt, warum nicht? Weil ich dann für meine Branche in der Selbständigkeit auch das einfordern könnte und ich glaube nicht, dass wir hier im Gemeinderat uns dahingehend Gedanken machen müssen, dass Künstler eine Honoraruntergrenze bekommen sollten. Ich meine, sei mir nicht böse, aber da kann ich dir nicht folgen (*Allgem. Appl.*), wie du da tickst. Und wenn du darüber befindest, wer im Herbst gewählt wird und wer da jetzt eins vor den Bug bekommt, ich möchte es ein bisschen charmanter formulieren, möchte ich dir nur mitgeben, du solltest deine Sprache ändern bis in den Herbst. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

GR Sippel:

Ich glaube, die Leute haben die Schnauze voll von Politikern, die sich da herausstellen und versuchen, die Welt zu erklären und ich glaube, man muss da schon auch die Kritik, die du jetzt da ausgesprochen hast, sich einmal auf der Zunge zergehen lassen bzw. auch replizieren. Es gibt zwei Parteien in dieser Stadt, die die Gesamtverantwortung übernommen haben. Die führen Ressorts relativ umfassend und die da auch Diskussionen führen. Wir sind dankbar, wenn es Anregungen gibt, wenn man das aufgreifen kann und wir haben gerade gesagt und der Kollege Hölzl hat das ja gerade ausgeführt, dass wir uns dafür einsetzen werden, dass diese Thematik, die da auch berechtigterweise vorgebracht worden ist, dann im Rahmen, weil es eine Zuständigkeit ist, auch diskutiert wird, debattiert wird. Das heißt noch lange nicht, dass man sozusagen auf Zuruf etwas für dringlich befinden muss jetzt im Augenblick oder dem Inhalt da in Form eines dringlichen Antrages auch in dem Moment zustimmen muss. Diese Verpflichtung gibt es nicht, das ist gelebte Demokratie. Und ich bitte schon um Verständnis, dass man jetzt nicht einfach sozusagen dazu übergehen, wo wir die Gesamtverantwortung haben, dass man einfach dann in jedem Moment, nur weil jetzt einmal die Lust und Laune besteht, einfach eine Zustimmung geben muss. Diese Verpflichtung gibt es nicht. Es ist schön, dass es einen Diskurs gibt, aber uns sozusagen vorzuwerfen auf überhebliche Art und Weise und die Leute haben die Schnauze voll. Es

wird Gott sei Dank debattiert da herinnen, es wird ein Diskurs geführt auf sachliche Art und Weise, aber ich bitte dich schon, so eine Wortwahl hintanzustellen (*Allgem. Appl.*).

StR Hohensinner:

Eigentlich hätte die FPÖ jetzt diese Wortmeldung nicht machen dürfen, weil der Kollege neben dir hat schon geredet.

Unverständlicher Zwischenruf.

StR Hohensinner:

Gut, das nehmen wir auf.

Mohsenzada:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Vielleicht überlegt ihr es nochmals, denn man könnte hinsichtlich des Kulturjahres 2020 der Kultur schon den Rücken stärken, indem man da zustimmt. Danke (*Allgem. Appl.*).

Der dringliche Antrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, Grüne, KPÖ und Neos) abgelehnt.

8.7 Mehr Artenschutz in die Stadt
(GRⁱⁿ Mag.^a Pavlovec-Meixner, Grüne)

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Vielen Dank, Kurt, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. In meinem Antrag geht es um das Thema Artenschutz. Wir alle erinnern uns, vor ca. zwei Monaten wurde der Bericht des Weltbiodiversitätsrates veröffentlicht und ich möchte zu Beginn Robert Watson zitieren, der gesagt hat, wir erodieren global die Basis unserer Volkswirtschaften, Lebensgrundlagen und Nahrungsmittelsicherheit. Es haben 145 Expertinnen und Experten aus 50 Ländern über 1000 Studien gesichtet und sind zu dem Schluss gekommen, dass rund eine Million, und ich wiederhole, rund eine Million Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht sind. Als Reaktion darauf haben ExpertInnen dann tiefgreifende Änderungen im Naturschutz gefordert. Auch betroffen davon sind natürlich Insekten, die besonders wichtig sind als Pflanzenbestäuber, als Schädlingsbekämpfer, sie tragen zur Bodenfruchtbarkeit bei und sind natürlich auch Futter für andere Tiere und sie leiden massiv unter dem Verlust intakter Böden und sie leiden massiv unter Pestizideinsatz. Und all das zusammen gefährdet unser Ökosystem und hat dramatische Folgen für uns Menschen und unsere Lebensgrundlagen. Deshalb ist es wichtig, dass wir weltweit, auf EU-Ebene, aber auch hinunter bis hin zu den Kommunen Maßnahmenprogramme für Artenvielfalt und Insektenschutz entwickeln uns bemühen, den Pestizideinsatz zu verringern, die Landwirtschaft zu extensivieren, die Flächenversiegelung zu verringern und Wildbestäuber zu fördern. Ein Beitrag, den die Stadt Graz leisten könnte, wäre das naturnahe Bepflanzen von gemeindeeigenen Flächen oder eine Erhöhung des Anteils biologischer Landwirtschaft oder auch die Pflegemaßnahmen an Artenschutzbedingungen anzugleichen. Wir alle wissen, dass die Stadt Graz in einem Punkt eine Vorreiterrolle eingenommen hat und zwar war das beim Verzicht auf die Verwendung von Glyphosat auf öffentlichen Flächen. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Ich höre auch und sehe auch, dass es immer mehr Blühwiesen z. Bsp. am Rosenhain gibt oder ich möchte auch als Beispiel nennen, dass die Holding Graz, weil ihnen gesagt wurde, dass eine ganz spezielle Orchideenart am

Schloßberg wächst, tatsächlich den Mährhythmus verändert hat und so diese Pflanze auch zum Blühen kommt. Es ist aber trotzdem so, dass das alles sehr schleppend vorankommt, dass wir seit dem Jahr 2013 ein Parkpflegewerk haben, danke für die Aufmerksamkeit, seit dem Jahr 2013 ein Parkpflegewerk haben, wo auch vorgesehen ist, dass es im Stadtpark mehr Blühwiesen gibt, leider sind wir davon weit entfernt. Und es wäre zielführend, wenn z. Bsp. mindestens 20 % der Flächen in öffentlichen Parks Blühwiesen wären. Es wäre zielführend, wenn bei der Neubepflanzung von Flächen auf Artenvielfalt und Bienenverträglichkeit Rücksicht genommen wird, aber auch bestehende Flächen umgestaltet werden in diese Richtung. Vor kurzem wurde das Projekt „Smart Food Grid Graz“ vorgestellt, wo es um regionale Versorgung aus unseren Landwirtschaftsbetrieben geht und da wäre es auch sehr wichtig, den Anteil biologischer Landwirtschaft zu erhöhen und dazu haben wir auch wirklich viel Know-how in der Biolandwirtschaftsschule in Grottenhof. Die Stadt Graz könnte also Vorbild sein für ihre Bürgerinnen und Bürger und wir sollten gemeinsam mit dem Land und anderen steirischen Gemeinden ein Maßnahmenprogramm entwickeln, denn es ist wirklich ein Gebot der Stunde, und das vor allem und auch im urbanen Raum, alle Handlungsmöglichkeiten auszunutzen und den Rückgang von Tier- und Pflanzenarten zu stoppen.

Daher stelle ich den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

1. Die Stadt Graz bekennt sich zu den Zielen des Artenschutzes und bemüht sich, diese in ihrem Wirkungsbereich bestmöglich zu unterstützen.
2. Die Abteilung für Grünraum wird in Kooperation mit den zu befassenden Stellen, insbesondere dem Umweltamt und der Holding Graz ersucht, ein Artenschutz-Maßnahmenprogramm zu erstellen.

3. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit damit zu beauftragen, im Rahmen der stadteigenen Medien über Artenschutz und über die von der Stadt gesetzten Maßnahmen zu informieren.
4. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, in Kooperation mit dem Projekt „Smart Food Grid Graz“ an die landwirtschaftlichen Betriebe mit dem Ziel heranzutreten, den Anteil biologisch wirtschaftender Betriebe zu erhöhen und
5. die Stadt Graz tritt an Betriebe und Bildungseinrichtungen mit dem Ziel heran, über die Vordringlichkeit von Projekten zum Artenschutz zu informieren und/oder ebensolche zu initiieren.

Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

„Wir erodieren global die Basis unserer Volkswirtschaften, Lebensgrundlagen und Nahrungsmittelsicherheit“, so die alarmierende Botschaft von Robert Watson, Vorsitzender des Weltbiodiversitätsrates IPBES (Intergovernmental Science Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services, vergleichbar mit dem UN-Weltklimarat). 145 ExpertInnen aus 50 Ländern hatten für den Weltbiodiversitätsrat drei Jahre lang tausende von Studien ausgewertet. Der Anfang Mai 2019 in Paris vorgestellte Bericht zur weltweiten Artenvielfalt ist alarmierend: Rund eine Million Tier- und Pflanzenarten sind demnach vom Aussterben bedroht. Auch die Steiermark ist von einem anhaltenden Verlust bestimmter Tier- und Pflanzenarten betroffen. Als Reaktion auf dieses erschütternde Ergebnis fordern die ExpertInnen nun "tiefgreifende Änderungen" im Naturschutz.

Weltweit mehren sich Hinweise, dass speziell auch Insekten massenhaft verschwinden. Insekten sind Pflanzenbestäuber, Schädlingsbekämpfer, tragen zur Bodenfruchtbarkeit bei und sind Futter für andere Tiere. Aufgrund des laufenden Verlusts intakter Böden und naturbelassener Flächen wird die Anzahl und Vielfalt der Insekten immer stärker verringert. Dies gefährdet unser Ökosystem und hat dramatische Folgen für uns Menschen und unsere Lebensgrundlagen.

Es braucht dringend und auf allen Ebenen – von der EU über die Länder bis zu den Kommunen – ein umfassendes Maßnahmenprogramm für Artenvielfalt und Insektenschutz, welches neben einer schrittweisen Verringerung des Pestizideinsatzes und einem Verbot von Bienengiften auch eine Extensivierung der Landwirtschaft, massive Verringerung der Flächenversiegelung, Förderung von Wildbestäubern und eine Bewusstseinsbildungskampagne umfasst. Wir brauchen wieder deutlich mehr blühende Landschaften!

Ein Beitrag der Stadt Graz, dem Artensterben entgegenzuwirken, ist das naturnahe Bepflanzen von gemeindeeigenen Flächen, eine biologische Landwirtschaft sowie die Abstimmung von Pflegemaßnahmen auf die Lebensraumansprüche. Das trägt dazu bei, die dramatische Lage für Bienen, Hummeln, Schmetterlinge und andere Insekten zu lindern.

Die Stadt Graz ist unter Österreichs Städten aufgrund eines Beschlusses des Grazer Gemeinderats Vorreiter beim Verzicht auf die Verwendung von Glyphosat auf öffentlichen Flächen. Darauf können wir zu Recht stolz sein. Darüber hinaus werden erfreulicherweise bereits einige Blühwiesen insektenfreundlich gepflegt – wie z.B. am Rosenhain. In den öffentlichen Parks kommt die Entwicklung in Richtung extensiver insektenfreundlicher Wiesen auf Teilflächen leider schleppend voran, obwohl dies z.B. im Parkpflegewerk zum Grazer Stadtpark angedacht war. Es wäre wünschenswert, dass der Anteil an Blühwiesen in öffentlichen Parks künftig mindestens 20 % der Fläche beträgt. Um das Angebot insektenfreundlicher zu gestalten, sollten in Zukunft auch bei der Neubepflanzung von gemeindeeigenen Flächen im Sinne der Artenvielfalt und Bienenverträglichkeit deren Förderung sowie Aspekte des Artenschutzes stärker berücksichtigt werden. Bei bereits bestehenden bepflanzten Flächen sollte geprüft werden, ob sie bienen- bzw. insektenfreundlich gestaltet sind, und gegebenenfalls eine Umgestaltung vorgenommen werden.

Auch die landwirtschaftlichen Betriebe sollten motiviert werden – z.B. im Rahmen des Projekts „Smart Food Grid Graz“ - stärker auf biologische Landwirtschaft zu setzen. Mit der auf Bio-Landwirtschaft ausgerichteten Landwirtschaftsschule Grottenhof ist dazu ausgezeichnetes Know-how vor Ort verfügbar.

Die Stadt Graz könnte so Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger werden! Ein Maßnahmen-Programm des Landes Steiermark, der Stadt Graz und der Gemeinden beim Insektenschutz sowie Bewusstseinsbildung in Schulen und der breiten Öffentlichkeit sind weitere wichtige Maßnahmen, damit der Verlust der Artenvielfalt gestoppt werden kann! Es ist ein Gebot der Stunde, auch und gerade im urbanen Raum, alle verfügbaren Handlungsmöglichkeiten auszunutzen und ehestmöglich mehr Maßnahmen gegen den voranschreitenden Rückgang von Tier- und Pflanzenarten zu setzen.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

- 1. Die Stadt Graz bekennt sich zu den Zielen des Artenschutzes und bemüht sich, diese in ihrem Wirkungsbereich bestmöglich zu unterstützen.*
- 2. Die Abteilung für Grünraum wird in Kooperation mit den zu befassenden Stellen, insbesondere dem Umweltamt und der Holding Graz, ersucht, ein Artenschutz-Maßnahmenprogramm zu erstellen.*
- 3. Bürgermeister Nagl wird ersucht, die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit damit zu beauftragen, im Rahmen der stadteigenen Medien über Artenschutz und die von der Stadt gesetzten Maßnahmen zu informieren.*
- 4. Bürgermeister Nagl wird ersucht, in Kooperation mit dem Projekt „Smart Food Grid Graz“ an die landwirtschaftlichen Betriebe mit dem Ziel heranzutreten, den Anteil biologisch wirtschaftender Betriebe zu erhöhen.*
- 5. Die Stadt Graz tritt an Betriebe und Bildungseinrichtungen mit dem Ziel heran, über die Vordringlichkeit von Projekten zum Artenschutz zu informieren und/oder ebensolche zu initiieren.*

Pavlovec-Meixner:

Wenn mein Kollege Georg Topf so nickt, dann glaube ich es ja (*lacht*) und freue mich natürlich, weil ich glaube, dass das wirklich ein sehr wichtiger Antrag ist, dass der angenommen wird. Freue mich und hoffe auch, dass der Inhalt angenommen wird. Ich möchte vielleicht auch kurz sagen, warum. Ich bin vor kurzem nach Radkersburg gefahren, weil dort der Biosphärenpark Mur-Drau-Donau, ein ganz ein tolles Projekt, unterzeichnet wurde und ich war wirklich schockiert über die Landschaften, wenn man da runterfährt und aus dem Zug rausschaut. Es sind Maisäcker und es sind Häuser mit kurzgeschorenen Rasenflächen. Und dort finden Schmetterlinge, Bienen, Hummeln, die finden dort nichts über viele Kilometer. Und deshalb werden Städte immer wichtiger, weil es in Städten echt einfach weniger Pestizideinsatz gibt und auch mehr Lebensräume für Insekten als in wirklich leergefegten, wenn man da so sagen kann, Landwirtschaftsflächen und deshalb bitte, bitte um Unterstützung. Es ist ganz wichtig, dass wir da etwas tun (*Allgem. Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StRⁱⁿ Schwentner:

Ich freue mich, dass das so einstimmig angenommen wurde, weil ich glaube wirklich, das ist wirklich ein dringliches Problem und wir sehen das alle, vor allem, dass die Landflucht, die erwähnte, dass wirklich immer mehr Insekten und Arten in die Stadt flüchten vom Land, weil das Land so versiegelt ist und die Böden so vergiftet, dass die Insekten in die Stadt flüchten. Ja tatsächlich ...

Zwischenruf unverständlich.

StRⁱⁿ Schwentner:

Das ist kein Witz, das ist ganz ernst und ganz ein wichtiges Thema und deswegen ist es gut, Herr Kollege, dass eh alle einstimmig dafür sind, dass wir uns gemeinsam zusammensetzen, das Umweltamt ...

Zwischenrufe unverständlich (StR Hohensinner betätigt die Ordnungsglocke).

StRⁱⁿ Schwentner:

Das ist aber so. Gott sei Dank, erwähnt war auch das Glyphosat, das Gott sei Dank in Graz nicht angewandt wird, das ist auch ein Vorteil für die Stadt. Ja, das ist ein Problem in der Landwirtschaft und deswegen gibt es dort immer weniger Insekten und Arten und deswegen ist es wichtig, das zu unterstützen. Das Umweltamt ist angesprochen und ich mache da gerne mit und unterstütze das für mehr Arten in der Stadt.

StR Hohensinner:

Frau Stadträtin Schwentner hat jetzt nur unterstrichen, dass die Grünraumoffensive unseres Bürgermeisters in der Stadt Graz Früchte trägt, dass sogar die Insekten jetzt nach Graz ziehen (*Allgem. Appl.*). Gut, aber ich glaube, wir haben da eine sehr breite Einigkeit.

Zwischenruf GR Sippel: Ich bin für ein Einreiseverbot für Gelsen.

StR Hohensinner:

Bitte bei der ernsthaften Sache bleiben.

GRⁱⁿ Potzinger:

Ganz kurz, man soll nicht nur kritisieren, sondern wirklich auch einmal dankbar sein für das, was passiert. Zwei Beispiele: Anfang Mai gab es beim ORF-Park in Graz eine Aktion des Naturschutzbundes, unterstützt von der Stadt Graz, wo über 50.000 Blühpflanzen verschenkt wurden an Grazerinnen und Grazer, die sie zuhause gepflanzt haben, dass die Insekten eine Nahrung finden. Nachdem ich am Dienstag dieser Woche dabei sein durfte, ein besonders Dankeschön an unseren Herrn Bildungs- und Jugendstadtrat Kurt Hohensinner und den Herrn Bürgermeister Nagl, die ermöglicht haben, dass auch heuer wieder über 700 Schulkinder im Altgrottenhof den Bauernerlebnistag erleben durften und dort in Berührung gekommen sind hautnah mit der biologischen Landwirtschaft. Diese Sensibilisierung ist vorbildlich für ganz Österreich, ist auch von der Landwirtschaftskammer vom Obmann von der Bioernte Steiermark gewürdigt worden und da wurde ausdrücklich auch von Landesseite der Stadt Graz dem Herrn Stadtrat und dem Bürgermeister gedankt und das möchte ich hier auch kundtun. Danke (*Allgem. Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Ich melde mich nur zu Wort, weil jetzt eben zwei Vorredner waren, das ist auch legitim völlig zu Recht, das eine oder andere Positive, was auch in der Stadt passiert, dazu zu Wort melden. Ich möchte mich aber zu Wort melden, weil ich den Dringlichkeitsantrag, und ich sehr, sehr froh bin und dankbar bin, dass er angenommen wird einstimmig und vor allem der Antragstellerin danken möchte, weil das tatsächlich ein sehr ernstes und wichtiges Thema ist und wir froh sein können, dass sie das auch eingebracht hat und es ist traurig genug, dass das so eine Entwicklung annimmt, dass das, wo wir umgekehrt als Städter immer gemeint haben, am Land finden wir das alles vor und wir mittlerweile eigentlich in der Stadt beobachten, dass da eine Umkehrung da ist und ich möchte einfach, dass das, was die Antragstellerin inhaltlich gesagt hat, zuletzt im Raum steht und nicht jetzt irgendwelche Leistungen der Stadt. Man muss auch, wenn von einer anderen Partei jemand etwas Positives eingebracht hat und Wichtiges, das auch

zu würdigen wissen und deshalb habe ich mich da noch einmal zu Wort gemeldet
(Allgem. Appl.).

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (18.30 Uhr).

Pavlovec-Meixner:

Ich möchte mich herzlich bedanken für die Zustimmung, die sich abzeichnet. Ich freue mich wirklich sehr und ich möchte mich auch bei der Sissi Potzinger bedanken. Ich war etwas später bei dieser Veranstaltung und es gab dort keine Pflanzen mehr, obwohl das erst die Halbzeit der Veranstaltung im ORF-Park war. Und da sieht man, wie sehr das Thema schon bei den Leuten angekommen ist und wie gerne die Grazerinnen und Grazer diese Pflanzen nehmen und die im Garten eingraben oder auf dem Balkon setzen, weil sie einfach etwas beitragen wollen. Und da, glaube ich, können wir sehr gut gemeinsam mit unseren BürgerInnen da etwas voranbringen. Danke (Allgem. Appl.).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Ich darf kurz eine Mitteilung tätigen. Herr Patrick Traby vom Büro der SPÖ wird danach Fotos schießen, das nur zur Information, dass sich niemand wundert.

**8.8 Konzept für leistbaren und flächendeckenden Musikschulunterricht
(GRⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer, SPÖ)**

GRⁱⁿ Marak-Fischer:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Stadtregierung, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen (*Bgm.-Stv. Eustacchio betätigt die Ordnungsglocke*). Ein Antrag, der mir noch bleibt, gestellt zu werden, liegt mir besonders am Herzen, und zwar geht es um die musikalische Ausbildung und Bildung von Kindern und Jugendlichen. Kinder verfügen über viele Begabungen und Talente. Nicht alle Talente finden in der Schule unmittelbar Anwendung und gerade für Kinder, die auch entweder in der Schule nicht all ihre Begabungen ausleben können, aber auch einfach für hochbegabte musikalisch begabte Kinder und Jugendliche sind Musikschulen, musikalischer Unterricht, Instrumentalunterricht etwas unglaublich Wichtiges. Natürlich wird in der Schule Musik gefördert, es ist auch ein Unterrichtsfach, aber wenn es dann um das Erlernen eines Musikinstrumentes geht, dann findet das außerhalb der Schule statt, idealerweise eben in Musikschulen. Das Erlernen eines Instrumentes fördert Konsequenz, im Idealfall übt man täglich Konzentration und nicht zuletzt ist auch nachgewiesen, dass es die beiden Gehirnhälften vernetzt und damit insgesamt auf die Lernfähigkeit des Kindes eine große Auswirkung hat. In späteren Jahren ist es das Können eines Instrumentes ein schönes Hobby und oftmals auch Basis für gesellschaftliche Aktivitäten oder Vereinsmitgliedschaften in diversen Musikvereinen, Orchestern usw.

Instrumentalunterricht und musikalische Bildung wird in den steirischen Regionen am Land über die kommunalen Musikschulen vermittelt. Kommunal, nur zur Erinnerung, heißt, dass die Gemeinden Träger und Trägerinnen der Musikschulen sind. Die Qualität in diesen Musikschulen wird einerseits über das Land Steiermark gewährleistet und die fachliche Aufsicht erfolgt über den Landesschulrat, jetzt Bildungsdirektion Steiermark. Hier also für den Fachinspektor, jetzt also in der Vergangenheit war es zumindest ein Mann, jetzt ist es ja in den Regionen auch drinnen, aber über eben die Bildungsdirektion Steiermark erfolgt hier die pädagogische und inhaltliche

Fachaufsicht. In Graz haben wir eine ganz andere Situation. Wir haben keine von der Stadt Graz getragenen, also kommunalen, Musikschulen. Wir haben glücklicherweise das Johann-Josef-Fux-Konservatorium des Landes in Graz angesiedelt und die Stadt Graz mit ihren Volksschulen hat auch, glaube ich, an sieben Standorten eine Kooperation, eine Außenstelle des Johann-Josef-Fux-Konservatoriums, sieben Volksschulen sind aber natürlich nur ein Bruchteil der Grazer Volksschulen, die es gibt, und in den Mittelschulen gibt es überhaupt keinen Standort des Johann-Josef-Fux-Konservatoriums. Das heißt, von einer Flächendeckung sind wir leider noch sehr weit entfernt in Graz und das hat auch dazu geführt, dass in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von privaten Musikschulen und Anbietern, teilweise ganz privater Musikunterricht natürlich auch entstanden ist. Das ist auf der einen Seite positiv und ich möchte auch nicht verhehlen, dass hervorragende Qualität dann sicher in den meisten dieser Schulen auch vermittelt wird. Allerdings ist das eine Qualität, auf die man vertrauen kann, die allerdings von niemandem kontrolliert wird. Also weder ist der Landesrat dafür zuständig, also jetzt Bildungsdirektion Steiermark, noch ist das Land Steiermark für die Kontrolle dieser privaten Musikschulen zuständig. Es fließen auch keine Fördermittel des Landes und es wird auch nicht von Musikschulen nach dem Dienstrechtsgesetz erfasst, das heißt, die Lehrenden an diesen Musikschulen haben kein einheitliches Dienstrecht, keine einheitliche Bezahlung. Das sind entweder Werkverträge, freie Dienstverträge zu unterschiedlichen Bedingungen und, es gibt auch keine Anstellungserfordernisse und keine verpflichtende Ausbildung, z. Bsp. ein Studium in Instrumental- und Gesangspädagogik für ein Konservatorium. Was auch noch nachteilig ist, dass es keine sozialen Ermäßigungen gibt und damit ist natürlich in keinster Weise gewährleistet, dass alle Grazer Kinder Zugang zu musikalischer hochwertiger Ausbildung haben. Das Johann-Josef-Fux-Konservatorium gleich wie die Kommunalmusikschule hat eine bis zu 50 %-ige Ermäßigung des Elterntarifes. Das gibt es damit in Graz außerhalb des Konservatoriums nicht, wäre allerdings sehr, sehr wünschenswert natürlich, dass es hier auch zu einer Förderung kommt. Musikschulunterricht kostet 400 Euro im Semester, z. Bsp. gibt aber auch ganz andere Tarifgestaltungen von Musikschule zu Musikschule ist das unterschiedlich und damit

entsteht natürlich eine oft für Eltern unüberwindliche Hürde. Außerdem ist durch diesen Dschungel an Schulen es natürlich auch die Information oft schwierig, wie man als Elternteil, wenn man draufkommt, das Kind würde gerne ein Instrument lernen, zu einer Ausbildung kommt. Hier wäre es auch sehr, sehr wünschenswert, wenn es zu einer Koordinierung einer Information, einer Drehscheibe, z. Bsp. über das IBOBB-Café in Graz käme.

Ich darf daher, und bin schon fertig mit meinem Antrag, den

dringlichen Antrag

stellen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, gemeinsam mit dem Bildungsressort des Landes und der Bildungsdirektion Steiermark, also den drei Ebenen, die hier zuständig sind, ein Konzept für ein flächendeckendes, qualitätsvolles Angebot zur musikalischen Talentförderung Grazer Kinder und Jugendliche zu entwickeln. Des Weiteren sollte in diesem Zusammenhang auch eine zentrale Informations- und Erstanlaufstelle für Kinder und Eltern entwickelt werden, die ihnen dabei hilft, die passende Institution für ihr Kind zu finden. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Alle Kinder verfügen über Begabungen und Talente. Diese zu erkennen und zu fördern, ist eine Aufgabe, die nicht allein in den Familien gelingen kann und muss, auch die öffentliche Hand und das Gemeinwesen haben dafür eine Verantwortung. Neben den Talenten, die selbstverständlich in der Schule gefördert und ausgebildet werden, sind es vor allem auch sportliche und musikalische Talente, die hier einen besonderen Stellenwert haben und außerschulisch ausgeübt werden.

Es ist nachgewiesen, dass die Förderung musikalischer Bildung auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen einen besonders positiven Effekt hat. Das Erlernen eines Instruments fördert Konsequenz, Konzentration und nicht zuletzt die Vernetzung der beiden Gehirnhälften. In späteren Jahren ist das Spielen eines Instruments ein schönes

Hobby und oftmals auch Basis für gemeinschaftliche Aktivitäten oder Beteiligung in einem Musikverein.

Instrumentalunterricht und musikalische Bildung werden in den steirischen Regionen über die kommunalen Musikschulen vermittelt, die flächendeckend in vielen Gemeinden vertreten sind, getragen von den Gemeinden, gefördert vom Land Steiermark, oft in enger Kooperation mit dem Blasmusikverband oder regionalen Vereinen. Was die Qualität der Ausbildung betrifft, so gibt es dank des Musikschullehrerdienstrechtsgesetzes und der Förderrichtlinie des Landes für alle gleich geltende Regeln und Anstellungserfordernisse. Für die pädagogische Fachaufsicht ist der Landesschulrat, nun Bildungsdirektion Steiermark, zuständig.

In Graz allerdings haben wir die besondere Situation, nicht Trägerin einer eigenen Musikschule zu sein, sondern auf der einen Seite das Johann-Josef-Fux-Konservatorium des Landes in Graz zu haben, das mit seinen Außenstellen auch in einigen Volksschulen vertreten ist, aber bei weitem nicht flächendeckend vertreten ist. Auf der anderen Seite gibt es ergänzend zum Konservatorium eine nicht gerade übersichtliche Zahl an privaten Musikschulen und Anbietern von Unterricht.

Diese bieten größtenteils auch qualitativ hochwertigen Unterricht, allerdings unterliegen sie keinerlei Aufsicht oder Qualitätskontrolle. Die Lehrenden haben unterschiedliche Verträge, es gibt keine verpflichtenden Ausbildungsvoraussetzungen und sie unterliegen nicht der Fachaufsicht des Landes oder der Bildungsdirektion. Sie erhalten auch keine oder nur projektbezogene Förderungen der öffentlichen Hand. Der Unterricht findet teilweise in den Schulen statt, teilweise anderswo.

Wichtig für das Erreichen des Ziels, dass alle Kinder ihren Talenten entsprechend gefördert werden, ist auch die Leistbarkeit des Unterrichts. Im Falle des Konservatoriums gibt es wie in den kommunalen Musikschulen die Möglichkeit einer Reduzierung des Elternbeitrages um bis zu 50 % bei geringem Einkommen. Bei privaten Musikschulen ist dies natürlich nicht der Fall. Da kommen dann schon durchschnittlich etwa 400 € pro Semester für ein Kind zusammen, was für viele Familien neben den anderen Kosten eine unüberwindbare Hürde darstellt.

Aus meiner Sicht ist es anzustreben ein von allen zuständigen Stellen, d.h. Stadt Graz, Land Steiermark und Bildungsdirektion, erarbeitetes Konzept für das Musikschulwesen in Graz zu haben, in dem gemeinsame Qualitätskriterien erarbeitet werden, Möglichkeiten der Finanzierung einer Förderung für Kinder aus finanziell benachteiligten Familien überlegt werden und vor allem eine Anlaufstelle für Eltern geschaffen werden könnte, um das beste Angebot für ihr Kind zu finden. Denkbar wäre hier eine Bündelung im IBOBB – Café oder Ähnliches.

Im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, gemeinsam mit dem Bildungsressort des Landes und der Bildungsdirektion Steiermark ein Konzept für ein flächendeckendes, qualitätsvolles Angebot zur musikalischen Talentförderung Grazer Kinder und Jugendlicher zu entwickeln. Des Weiteren sollte in diesem Zusammenhang auch eine zentrale Informations- und Erstanlaufstelle für Eltern entwickelt werden, die ihnen dabei hilft, die passende Institution für ihr Kind zu finden.

GRⁱⁿ Kopera:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Musikunterricht ist in einem Kulturland wie Österreich zweifellos eine unterstützenswerte und förderungswerte Säule im Bildungsangebot für unsere Jugend. Dennoch sind wir der Meinung, ist es nicht im Sinne eines dringlichen Antrages, an den Kulturstadtrat der Landeshauptstadt Graz heranzutreten, da die Zuständigkeit in Bezug auf die Organisation des Angebotes für den Musikunterricht im Bildungsressort des Landes Steiermark liegt und auch viele Bildungseinrichtungen dem

Land und nicht der Stadt unterliegen. Zum vorliegenden dringlichen Antrag stelle ich deshalb namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Das Anliegen wird für das Johann-Josef-Fux-Konservatorium und andere Musikschulen an die zuständige Landesrätin Mag. Ursula Lackner gerichtet mit dem Ersuchen, das gesamte Angebot zusammenzufassen. Sollte die Frau Landesrätin einen Arbeitskreis einrichten, werden die zuständigen Stellen der Stadt gerne bereit sein, daran mitzuarbeiten. Darüber hinaus ist dann, wenn das Angebot vorliegt, die Stadt Graz gerne dazu bereit, es öffentlich auf zugänglichen Plattformen, wie IBOBB-Café, das ist das Servicecenter der Abteilung für Bildung und Integration, Kinderdrehscheibe und der Webseite der Stadt zu veröffentlichen (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des Abänderungsantrages von GRⁱⁿ Univ. Prof. Dr. Kopera, ÖVP:

Musikunterricht ist zweifellos im Kulturland Österreich eine wichtige und unterstützenswerte Säule im Bildungsangebot für unsere Jugend.

Dennoch ist es nicht im Sinne eines dringlichen Antrags, an den Kulturstadtrat der Landeshauptstadt Graz heranzutreten, da die Zuständigkeit in Bezug auf die Organisation des Angebots für den Musikunterricht im Bildungsressort des Landes Steiermark liegt.

Zum vorliegenden dringlichen Antrag stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Das Anliegen wird an die zuständige Landesrätin Mag. Ursula Lackner gerichtet.

Die Stadt Graz ist gerne dazu bereit, das bestehende Angebot auf öffentlich zugänglichen Plattformen wie Hip-Hop-Laden, Kinderdrehscheibe und der Website der Stadt zu veröffentlichen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Marak-Fischer:

Herzlichen Dank einmal grundsätzlich für die Einstimmigkeit der Dringlichkeit und schade, dass es abgeändert wird, insofern als sozusagen von der Stadt die Verantwortung wekommt. Wir werden dem Abänderer zwar zustimmen, damit der Antrag weiterverfolgt wird, allerdings, wie gesagt, es geht darum, wer hat die Verantwortung, wer nimmt das Heft in die Hand, um dieses Thema zu einem Abschluss zu bringen? Und jetzt kann man das an das Land schicken. Wir werden uns auch natürlich dafür einsetzen, dass es im Land weiter behandelt wird, oder man kann die Verantwortung übernehmen, den Ball aufnehmen und sagen, ja, wir sind dafür zuständig, wir werden einen Kreis einrichten. Es war übrigens nicht an Stadtrat Riegler, sondern grundsätzlich an die zuständigen Stellen gerichtet, das heißt, es hat durchaus mehr Ressorts jetzt auch betroffen. Schade, aber wir nehmen es soweit zur Kenntnis und werden, wie gesagt, in diesem Fall auch dem Abänderer zustimmen. Nachdem ich jetzt noch ein letztes Mal am Wort bin, darf ich die Gelegenheit nutzen, um mich hier noch einmal in aller Form von euch zu verabschieden. Ich danke für die Zusammenarbeit, die teilweise sachlich sehr gut war, fachlich mit einigen sehr gut war, mit anderen menschlich gut war und mit vielen auch beides, also fachlich, sachlich und menschlich gut war. Das war natürlich der Idealfall. Ich danke auch für die nicht so guten Erfahrungen, die es natürlich überall in jeder Gemeinschaft auch gibt. Auch die sind wichtig und bringen einen persönlich weiter. Es war Gott sei Dank trotzdem immer ein, will ich einmal sagen, weitgehend wertschätzender Umgangston, den wir

miteinander gepflegt haben. Ich wünsche dem Gemeinderat und der Stadtregierung, auch dem Herrn Bürgermeister, der jetzt gerade nicht anwesend ist, in Abwesenheit, alles Gute für die weitere Wahrung des Besten für die Stadt Graz. Ich hoffe, dass sich Graz weiter gut entwickeln wird. Ich wünsche dem Gemeinderat, dass auch der, wie soll ich sagen, der Stil miteinander gut bleibt, vielleicht sogar manches Mal besser wird. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, wie man den politischen Diskurs führt. Ob man ihn sachlich und menschlich auf einer korrekten Ebene führt oder ob man sich gegenseitig anwirft und persönlich untergriffig vielleicht sogar wird. Ich glaube, dass wir als Politiker und Politikerinnen hier Vorbild sind für Bürgerinnen, vor allem auch für die jungen Leute. Ich bemühe mich selbst in der Schule, viel auch ihnen beizubringen für das Leben und im Sinne der politischen Bildung und ich glaube, Vorbildwirkung ist hier etwas ganz Wesentliches. Also ich wünsche uns und euch allen, dass hier auch das Niveau bleibt und ein sachlicher guter Diskurs auch geführt werden kann, um das Beste für unsere wunderschöne Stadt Graz auch weiterhin erreichen zu können. Ich werde als aufmerksame Bürgerin ganz sicher weiter die Entwicklungen beobachten und bin mir sicher, dass ich mich auch ab und zu mal zu Wort melden werde. Ich werde mir das nicht verkneifen und freue mich auf weitere Begegnungen auch in Zukunft. Danke (*Allgem. Appl.*).

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Liebe Alexandra, auch von meiner Seite noch einmal herzlichen Dank für alles, was du hier eingebracht hast in den letzten Jahren und auch durchaus auch einen Diskurs, wie du es gesagt hast, ausgelöst hast, das ist ja auch das Wesen einer Demokratie und einer pluralistischen Gesellschaft, das ist wichtig. Dir, und damit auch deiner Familie, alles, alles Liebe, wo immer es dich hinbringt und was immer noch vor dir liegt, alles Gute (*Allgem. Appl.*).

Der Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen.

**8.9 Fernkälte - kühle Lösung für die Grazer Sommerhitze
(GR Swatek, Neos)**

GR Swatek:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne. Ich glaube, die meisten von uns haben es mitbekommen, der Juni war einer der heißesten seit 200 Jahren. Eigentlich der heißteste seit 200 Jahren und wir merken, damit spätestens jetzt auch der Letzte, dass der Klimawandel nicht an Graz und schon gar nicht an der Steiermark vorbeizieht. Und diese extreme Hitze, vor allem auf längere Zeit, ist natürlich auch ein Problem, insofern, dass Sie mittlerweile wissen, dass es mehr Hitzetote als Verkehrstote in Österreich gibt. Was mich persönlich jedes Mal, wenn ich es wieder höre, stark verwundert. Und jetzt ist natürlich nicht verwunderlich, dass die Anzahl an Klimaanlage in Privathaushalten und Büros enorm steigt und damit natürlich auch der Energieverbrauch zur Erzeugung von Kälte im Sommer steigt. Und es gibt Experten, die sogar glauben, dass in spätestens 20 Jahren der Bedarf an Kühlleistung im Sommer gleich hoch sein wird wie der der Wärmeleistung im Winter und das ist für jemanden wie uns, die Österreicher sind und sehr stolz auf unseren Winter sind und dass es auch ein bisschen kühler wird und hoffentlich auch ab und zu noch schneit, glaube ich, eine ziemlich harte Analyse auch. Und die Frage ist, wie können wir uns jetzt darauf vorbereiten, dass wir diesen enormen Energiebedarf in Zukunft auch im Sommer haben werden, wenn wir gleichzeitig Ziele verfolgen, den CO₂-Ausstoß zu minimieren? Und hier kann man eigentlich 1:1 das Konzept der Fernwärme im Winter auch im Sommer verwenden, nämlich die Fernkälte. Bei der Fernkälte kann man auch schon die Teile der Infrastruktur der Fernwärme benutzen und im Endeffekt passiert nichts anderes als dass man jetzt, ganz, ganz simpel gesprochen, stark vereinfacht, in der Stadt überall gewisse Kühltürme hinstellt, die kaltes Wasser zu Gebäuden liefern, um dort am Gebäude runterzukühlen und das hat natürlich den essentiellen Vorteil, dass nicht jeder einzelne Private sich eine Klimaanlage nach Hause stellen muss und dass nicht jedes Büro oder jeder große Raum, wie auch das Rathaus, das diesen Sommer ja auch mit einer Klimaanlage

ausgerüstet wird, zumindest der Gemeinderatssaal, eine eigene Klimaanlage benötigt und daher ist die Fernkälte ein effizientes, innovatives Mittel, diesem extremen Energiebedarf entgegenzuwirken und gleichzeitig auch den Bürgerinnen und Bürgern flächendeckend eigentlich, wenn man es gescheit macht, auch kostengünstigen Zugang zur Kälte zu gewähren.

Und daher habe ich mir gedacht, ich stelle diesen dringlichen Antrag, um dieses Thema in der Stadt wieder ein bisschen zu beleben. Es war schon bei manchen Diskussionen in den letzten Jahren dabei. Ist ein bisschen eingeschlafen, glaube ich, und ich glaube, dass wir hier heute eine Initialzündung machen können, um uns für die kommenden 20 Jahre, in denen der Energiebedarf im Sommer steigt, auch erfolgreich vorzubereiten und daher bitte ich um die Annahme des

dringlichen Antrages,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, ob die Implementierung von Fernkälte in Zusammenhang mit der Fernwärme-Infrastruktur für die Stadt Graz durchgeführt werden kann bzw. welcher Aufwand dazu nötig wäre. Danke.

Originaltext des dringlichen Antrages:

Der Klimawandel macht auch vor Graz und der Steiermark nicht halt. Die anhaltende Hitze und extremen Hitzerekorde der letzten Tage haben diese Tatsache unterstrichen. Dabei setzt lang andauernde Hitze der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger stark zu. So gab es im Jahr 2018 bereits etwa doppelt so viele Hitzetote wie Verkehrstote¹. Dabei ist es nicht verwunderlich, dass die Anzahl an Klimaanlagen in Büros und Wohnungen steigt. Experten des Fachverbands der Gas- und

¹ vgl. <https://kurier.at/chronik/oesterreich/oesterreich-warnt-vor-hitzewelle-es-wird-wohl-totegeben/400533430>; auch <https://www.ages.at/themen/umwelt/informationen-zu-hitze/hitzemortalitaetsmonitoring/>

Wärmeversorgungsunternehmen (FGW) vermuten, dass Europa in zwanzig Jahren in etwa so viel Kühlleistung wie derzeit Heizbedarf benötigen wird. Gleichzeitig soll jedoch der Energiebedarf in Städten sinken und der CO₂-Ausstoß minimiert werden. Dies kann nur durch eine neue Technologie wie der Fernkälte gelingen. Bei Fernkälte handelt es sich um ein ähnliches Konzept wie bei der Fernwärme mit dem wesentlichen Unterschied, dass ca. 7° Celsius kaltes Wasser statt warmes Wasser durch die Leitungen fließt. Dabei kann das Fernwärmesystem zur Erzeugung von Fernkälte verwendet werden. Diese Technologie spart dabei auch massiv CO₂ ein (mit bis zu 10mal weniger Primär-Energiebedarf als herkömmliche Klimaanlage²) und präsentiert sich als effizientes Mittel im Kampf gegen den Klimawandel. Fernkälte bietet sich als klimaschonende und innovative Möglichkeit an, den gesundheitlichen Risikofaktor Hitze zu minimieren.

Im Sinne einer innovativen und klimaschonenden Stadt, welche sich um die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger bemüht, stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu prüfen, ob die Implementierung von Fernkälte in Zusammenhang mit der Fernwärme-Infrastruktur für die Stadt Graz durchgeführt werden kann bzw. welcher Aufwand dazu nötig wäre.

GR Topf:

Wir haben durchaus in der Fraktion, aber auch mit den Koalitionspartnern und anderen Kollegen darüber diskutiert, ob der Titel der „Fernkälte“ der richtige Titel wäre. Wir stimmen trotzdem der Dringlichkeit zu. Uns wäre die Überschrift „thermische Bauteilaktivierung“, das ist nämlich der fachlich richtige Zugang, oder

² <https://www.wienenergie.at/eportal3/ep/channelView.do?pageTypeId=67823&channelId=-47780#70047>

Betonkernkühlung. Das wäre der fachlich richtige Zugang gewesen aus meiner Sicht oder aus unserer Sicht. Das, was du angesprochen hast, ist schon die Transportmöglichkeit. Ich werde dann im Detail bei der inhaltlichen Diskussion noch dazu etwas sagen.

Der dringliche Antrag wurde einstimmig angenommen.

Topf:

Vielleicht wirklich, da bitte ich um Verständnis, wenn ich ein bisschen in die Technik einsteige. Wir kennen grundsätzlich bei der Fernkälte, deshalb zuerst ein bisschen die Skepsis, ob die Überschrift richtig für Graz ist, die zentral erzeugte Fernkälte, bei der Kaltwasser mit einem Temperaturniveau um fünf Grad Celsius durch ein entsprechendes Leitungsnetz zu den Verbrauchern gelangt bzw. die dezentral erzeugte Fernkälte, bei der das vorhandene Fernwärmenetz, das ist ja von dir angesprochen worden, genutzt werden kann, um Kälte direkt vor Ort an den Verbraucheranlagen zu erzeugen. Bei der dezentralen Lösung wird durch sogenannte Absorptionskältemaschinen, das ist der fachliche Ausdruck dazu, ein hohes Temperaturniveau, und da braucht man schon ein Temperaturniveau von 80 bis 100 Grad Celsius, genutzt, um in einem chemisch-physikalischen Prozess Kälte zu erzeugen. Das Problem der Stadt Graz ist insofern vorhanden, weil wir für diesen Einsatz dieser Absorptionskältemaschinen eine Vorlauftemperatur der Fernwärme um etwa 85 Grad Celsius haben müssen, damit der Prozess überhaupt über den Temperaturgradienten funktioniert. Und was noch wichtig ist, die Abnehmerdichte soll rund um diese Absorptionskältemaschine möglichst hoch sein, da die Leitungsdimensionierung, und jetzt muss ich leider technisch werden, bei solchen Anlagen aufgrund der geringen Temperaturspreizung zwischen Vor- und Rücklauftemperatur verhältnismäßig groß ausfallen muss. In Graz wurden die Möglichkeiten bereits einmal angeschaut einer Fernkälteversorgung in den letzten Jahren durch die Energie, die ja hier fachlich uns immer wieder auch

unterstützt. Darüber hinaus liegen auch natürlich wissenschaftliche Abhandlungen zum Thema vor, wobei ich vorher schon eben die thermische Bauteilaktivierung, die Betonkernkühlung sozusagen, hier in den Vordergrund gestellt habe. Die Sommer- vorlauftemperatur in der Grazer Fernwärme liegt aber derzeit bei in etwa 70 Grad Celsius und ist daher nicht ausreichend, das ist das Entscheidende, für den Betrieb einer Absorptionskältemaschine. Eine theoretische Erhöhung der Temperatur, die notwendig wäre, um diesen Temperaturgradienten zu erreichen, hätte unmittelbar höhere Netzverluste zur Folge und damit negative Auswirkungen auf die Energiekosten insgesamt. Das heißt, für Graz kämen lokale Kaltwassernetze in Frage, von wo dort im Sommer günstige Abwärme mit entsprechend hoher Temperatur für den Betrieb dieser Maschinen zur Verfügung steht. Konkret erfolgte zuletzt eine Eignungsprüfung z. Bsp. für ein Fernkältenetz für das Energiekonzept Reininghaus, wobei aufgrund der vorangegangenen Wohnbebauung, das ist nämlich das Entscheidende, die Nachfrage nach diesem im erforderlichen Ausmaß nicht vorhanden ist. Es gibt also in Graz jetzt ein Pilotprojekt in Smart City, das ist also hier ganz konkret in Umsetzung, wo es hier aber darum geht, dass wir über Geothermik, Grundwasser und der Einsatz von Wärmepumpentechnologie, also nicht Absorptionskältemaschinen, im Sommer Kälte und im Winter Wärme erzeugt wird. Deshalb sind wir hier in der Diskussion mit der Energie Graz, dass eben diese Fernkälte wahrscheinlich für das Grazer Netz nicht möglich sein wird (*Allgem. Appl.*).

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

GRⁱⁿ Pavlovec-Meixner:

Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. Danke, Niko, für diesen wichtigen Antrag und danke, Georg, für deine technischen Erläuterungen. Wenn das jemand von den Grünen machen würde, dann wisst ihr ganz genau, was ich sagen will (*lacht*) bei so einem Vortrag. Kann mich

erinnern, der Herr Bürgermeister hat irgendetwas einmal gesagt, danke für die biologische Vorlesung (*lacht*). Aber es war spannend. Wir haben uns natürlich auch lange mit dem Thema beschäftigt und das Problem möchte ich jetzt gar nicht sagen, sondern das Gute ist, dass in Graz im Unterschied zu Wien die Leute auch im Sommer Fernwärme beziehen können, nämlich zur Bereitung von Warmwasser und das ist ja ganz, ganz wichtig, weil wie würden die das sonst machen? Im Winter heizen sie mit der Fernwärme und im Sommer, wenn sie keine Fernwärme hätten, täten sie wahrscheinlich mit Strom heizen, sofern sie keine Solaranlagen haben. Und diese Fernwärme im Sommer kommt ja einerseits aus unseren Großsolaranlagen, die wir schon haben, z. Bsp. beim Wasserwerk Andritz, andererseits kommt sie ja aus Abwärmenutzung, also das ist wirklich eine sehr grüne Fernwärme, die da für Warmwasseraufbereitung verwendet wird und das ist jetzt genau das Problem. Dadurch, dass das Warmwasser drinnen ist sozusagen für die Menschen, die eben Warmwasser brauchen oder das dafür nutzen, kann man das nicht gleichzeitig für Kälte verwenden. Und es gibt auch schon einige Studien, da gibt es eben eine Studie, die hat erst vor kurzem die FH, untersucht, und ist aber auf ein Potential von bis zu sechs Gigawattstunden derzeit gekommen. Also das ist nicht wenig, das ist fast ein Zehntel Murkraftwerk, also das ist eine ganz ordentliche Menge an Strom, die man da einsparen könnte und deshalb stelle ich auch folgenden

Abänderungsantrag:

Angesichts der technischen Möglichkeiten in Graz, und zwar Beteiligungsstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, mit dem für Infrastruktur und Energie zuständigen Vorstandsdirektor der Holding Graz Dr. Gert Heigl sowie mit der Energie Graz Gespräche zu führen, um auf Basis der bereits vorliegenden Studien Maßnahmen für die Nutzung des Fernwärmenetzes für Kühlsysteme auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Original Abänderungsantrag

Die Frage, wie in Zeiten der Klimakrise Wohnungen und Büros kühl gehalten werden können, ohne dass der Energieverbrauch weiter angeheizt wird, ist eine immens wichtige. Das im vorliegenden dringlichen Antrag vorgeschlagene System, das in Wien zum Einsatz kommt, ist für Graz nach Auskunft von ExpertInnen aus technischen Gründen jedoch nicht 1:1 umsetzbar. Eine direkte "Umstellung" des bestehenden Fernwärmenetzes in den Sommermonaten auf Kaltwasser mit 7 Grad ist in Graz unter anderem deshalb nicht möglich, da aus dem Fernwärmenetz auch im Sommer Wärme, z.B. für die Warmwasserbereitung, bezogen wird. Die Temperaturniveaus in den Fernwärmesystemen Wien bzw. Graz sind dementsprechend unterschiedlich.

Auch in Graz beschäftigen sich die zuständigen Stellen bereits seit Längerem mit dem Thema. So wurden bereits zwei Studien erstellt, unter anderem in Auftrag gegeben von der Energie Graz, die mögliche Lösungsvorschläge beinhalten.

Daher stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Beteiligungsstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, mit dem für Infrastruktur und Energie zuständigen Vorstandsdirektor der Holding Graz Dr. Gert Heigl sowie mit der Energie Graz Gespräche zu führen, um auf Basis der bereits vorliegenden Studien Maßnahmen für die Nutzung des Fernwärmenetzes für Kühlsysteme auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen.

Swatek:

Ja, was soll man sagen, außer dass ich einmal versucht habe, alle technischen Informationen wegzulassen und dann kommst du, Herr Kollege Topf, und zählst sie trotzdem auf. Ja natürlich habe ich Absorptionskältemaschine gemeint. Das hast du

aus dem Antrag richtig herausgelesen. Ich habe das Wort Fernkälte trotzdem benutzt, weil ich u.a. auch mit Professoren auf der TU Kontakt hatte, die auch zu Absorptionskältemaschinen noch immer das unter dem großen Begriff „Fernkälte“ führen. Ob es korrekt ist oder nicht, lasse ich im Raum stehen. Ich glaube, es ist auf jeden Fall ein schöner Begriff, dass sich jeder auch irgendwie darunter vorstellen kann, das nicht wirklich bei ihm im Haus die Kälte erzeugt wird, sondern halt ein paar Meter weiter. Ich finde das gut, dass ihr das in der Form unterstützt und ich freue mich, dass wir da ein Stück weit gemeinsam gehen können, um die Stadt auch in Zukunft bei Energieproblemen bzw. bei der Versorgung von Kälte im Sommer fit zu machen. Danke (Appl.).

Der Abänderungsantrag wurde (gegen Grüne, KPÖ, SPÖ, Neos) abgelehnt.

Der Antrag wurde (gegen Grüne) angenommen.

Bgm.-Stv. **Eustacchio:**

Meine Damen und Herren, damit haben wir die dringlichen Anträge erledigt. Wir kommen zum nicht öffentlichen Teil. Ich darf mich bei all jenen bedanken, die heute zu Besuch waren, all jenen einen schönen Abend wünschen, die der nicht an der öffentlichen Sitzung teilnehmen.